

Sozialistische Arbeiterzeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Unser Parteitag

Heute tritt der erste ordentliche Parteitag der Sozialistischen Arbeiterpartei zusammen. Eine vorläufige Krönung des kühnen Kampfes, den diejenigen aufnahmen, die vor einem halben Jahr der Sozialdemokratischen Partei den Rücken kehrten, um den Boden zu bereiten für das, was das deutsche Proletariat in dieser Situation am dringendsten braucht und am schwersten entbehrt:

die revolutionäre Führung durch eine revolutionäre Partei.

Die Grundlage der Organisation ist geschaffen. Im ganzen Reiche sind Zehntausende von Genossen, jeder ein Funktionär, an der Arbeit, den Weg zu diesem Ziel zu bereiten. Mit Stolz blicken wir auf das, was in diesem halben Jahr geschaffen worden ist. Aber dieser Parteitag bedeutet kein Ausrufen, keinen Abschluß. Er bedeutet den Beginn neuer, gewaltigerer, entscheidender Kämpfe. Er hat Bilanz zu ziehen und Kritik zu üben an der Arbeit eines halben Jahres. Aber er hat zugleich die Voraussetzungen zu schaffen und die Vorbereitung zu treffen für die Arbeit des kommenden Jahres, für die Fortsetzung der getanen Arbeit und für die Lösung neuer, gewaltigerer Aufgaben. Und das ist die wichtigste Arbeit, die er zu leisten hat. In der Lösung dieser Aufgabe hat die Sozialistische Arbeiterpartei ihre Kraft zugleich zu beweisen und zu stählen.

*

Das deutsche Proletariat stand vielleicht noch nie vor so schweren Entscheidungen, wie sie jetzt heranreifen, wie sie eine nahe Zukunft schon bringen kann. Schon wie das deutsche Proletariat in der Vorbereitung dieser Entscheidungen sich verhält, welche Kraft es in dieser Periode zu entwickeln vermag, wie ihm dabei seine Kraft zu sammeln und zu verstärken gelingen wird — schon darin wird der Ausfall der Entscheidung wesentlich bestimmt.

*

Der Kapitalismus ist in einem katastrophalen wirtschaftlichen Zusammenbruch begriffen. Eine allgemeine Ueberproduktion hat den Weltmarkt zerrüttet. Es gibt kein Land der Erde, das von der Krise nicht erfaßt worden wäre. Welttrusts und Weltbanken brechen zusammen oder stehen vor dem Zusammenbruch; zerfallen in ihre Bestandteile oder können nur mit phantastischen Staatssubventionen noch für einige Zeit über Wasser gehalten werden.

Die Bourgeoisie der ganzen Welt steht hilflos dieser Zerrüttung ihres eigenen Wirtschaftssystems gegenüber. Welches Mittel sie auch ergreift, um aus der Krise herauszukommen — es treibt die Krise nur weiter, verschärft sie von neuem. Fanatische Zollmauern werden an den Grenzen aller Staaten gebaut, um die nationale Industrie und Landwirtschaft zu stützen, und führen doch nur zur fortschreitenden Zerstückelung des Weltmarktes, dessen Verfall rückwirkend die nationalen Industrien, die da geschützt werden sollten, nur tiefer in den Krisensumpf hineinzieht. Die Zahlen der Erwerbslosen schwellen überall auf bisher unbekanntem Höhen an, die Löhne werden in der brutalsten Weise abgebaut — aber jedes neue Bataillon im Heer der Arbeitslosen, jede neue Welle des Lohnabbaues legt von neuem Dutzende von Fabriken still, die ihr Produkt nicht mehr absetzen können.

Überall frißt die Krise an den Staats-

finanzen. Ganze Länder stehen nahe am Rande des Bankrotts.

Damit unterwühlt die Krise des Kapitalismus zugleich die Fundamente der Ausbeutermacht.

Funktioniert der Staat nicht mehr — die Maschine in den Händen der Bourgeoisie zur Unterdrückung der Arbeiterklasse —, dann ist es aus mit der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Macht. Von allen Seiten her sieht sich so die Bourgeoisie aus der Sicherheit ihrer Herrschaftstellung jäh gerissen, muß sie fürchten um den Verlust des Ausbeutungsmonopols.

um den Anteil am Markt; der Krieg, der auch die einzige große Festung der Arbeiterklasse der ganzen Welt tödlich bedrohen würde, den ersten, den bisher einzigen Arbeiter- und Bauernstaat:

Sowjetrußland.

Die Arbeiterklasse sieht, daß in allen Ländern die Bourgeoisie sich anschiebt, die Reservoirs der proletarischen Kraft zu zerstören, die Arbeiterorganisationen. In Krieg und Faschismus droht die Vernichtung der proletarischen Kraft. Eine ganze Arbeitergeneration soll um ihr Recht auf ein menschenwürdiges Dasein gebracht werden. Der Schrei nach dem Sozialismus ist die Antwort der Arbeiterklasse.

Hier liegt die zentrale Aufgabe unserer Partei.

*

Alle jene Krisenerscheinungen der bürgerlichen Welt, alle jene Krisenerscheinungen in der Arbeiterbewegung sind am schärfsten ausgeprägt in Deutschland. Nirgends ist eine solche Lähmung der Produktion, nirgends ein solcher allgemeiner Bankrott, nirgends so gewaltige Arbeitslosenmassen wie hier. Nirgends eine so gewaltige Sozialdemokratie, nirgends außerhalb Rußlands eine so starke kommunistische Partei. Aber auch nirgends in der Welt ein so schmähliches Versagen, eine so nackte Demaskierung des reformistischen Verrats an der Klasse, eine so hohnvolle Demonstration der kommunistischen Sterilität.

Auf diesem Boden haben die, deren Vertrauensmänner heute zu ernster Beratung zusammengekommen sind, das schwere Werk in Angriff genommen,

dem Proletariat die Führung aus der kapitalistischen Barbarei in den Sozialismus zu schaffen.

Wahrhaft gewaltig sind die Aufgaben. Aber wir werden sie lösen. Der Mut und die aufopferungsvolle Hingabe unserer Funktionäre bürgen dafür. Den Weg zu weisen und die Marschroute für die nächsten Etappen des Kampfes festzulegen, dazu sind wir zusammengekommen.

Die, ach so bequeme, parlamentarische Aktion hat ihren Sinn verloren, ist zur Groteske geworden. Die Aufgabe zur Organisation des Kampfes liegen außerhalb des Parlamentes. Sie liegen in den gewaltigen Massenorganisationen, die das deutsche Proletariat heute noch besitzt. Es gilt, diese Organisationen zu lösen aus der reformistischen Erstarrung. Es gilt, sie aus toten Organisationskörpern in Armeen des vorwärtstürmenden Kampfes zu verwandeln. Die Aufgaben liegen in den Betrieben. Sie liegen in den Massen der Erwerbslosen. Es gilt, all jene Kampfeinheiten, die vorhanden sind — geschaffen durch den Kapitalismus selbst, geschaffen durch den Kampf der Arbeiter innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft — Schulter an Schulter

in die Aktion zu führen.

Der erste Schritt wird klein sein; die erste Aktion bedeutungslos vielleicht, wenn man sie für sich allein betrachtet. Aber ihre Bedeutung liegt darin, daß sie ein Anfang ist; daß nach ihr mehr kommt; daß jede Aktion der großen Proletariatskaders, und sei sie noch so gering, neue Kraft erzeugt für größere Aktionen.

Die Aufgabe ist schwer, aber sie ist lösbar. Das beweisen bedeutsame Ansätze, die die zähe Arbeit unserer Genossen schon an vielen Stellen des Reiches zustandegebracht hat. Die Arbeit muß geprüft, geklärt und dann neu in Angriff genommen werden. Nach dem Parteitag müssen die Aktionen sich vervielfachen, sich steigern.

Und über all unserer Arbeit muß leuchten das große Ziel, dem das kleinste dient, das Ziel dem auch dient dieser unser erster Parteitag:

der Kampf um den Sozialismus,
die proletarische Revolution!

Klaus Zweiling.

Der Staat — eine Unterdrückungsmaschine

Aus Friedrich Engels' Vorrede zum „Bürgerkrieg in Frankreich“ von Karl Marx

Die Sprengung der bisherigen Staatsmacht (durch die Pariser Kommune im Jahre 1871. D. R.) und ihre Ersetzung durch eine neue, in Wahrheit demokratische, ist im dritten Abschnitt des „Bürgerkriegs“ eingehend geschildert. Es war aber nötig, hier nochmals kurz auf einige Züge derselben einzugehen, weil gerade in Deutschland der Aberglaube an den Staat aus der Philosophie sich in das allgemeine Bewußtsein der Bourgeoisie und selbst vieler Arbeiter übertragen hat. Nach der philosophischen Vorstellung ist der Staat die „Verwirklichung der Idee“ oder das ins Philosophische übersetzte Reich Gottes auf Erden, das Gebiet, worauf die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit sich verwirklicht oder verwirklichen soll. Und daraus folgt dann eine abergläubische Verehrung des Staates und alles dessen, was mit dem Staat zusammenhängt, und die sich um so leichter einstellt, als man sich von Kindesbeinen daran gewöhnt hat, sich einzubilden, die der ganzen Gesellschaft gemeinsamen Geschäfte und Interessen könnten nicht anders besorgt werden, als wie sie bisher besorgt worden sind, nämlich durch den Staat und seine wohlbestallten Behörden. Und man glaubt schon einen ganz gewaltig kühnen Schritt getan zu haben, wenn man sich freigemacht vom Glauben an die erbliche Monarchie und auf die demokratische Republik schwört. In Wirklichkeit aber ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie, und im besten Fall ein Uebel, das dem im Kampf um die Klassenherrschaft siegreichen Proletariat vererbt wird und dessen schlimmste Seiten es, ebensowenig wie die Kommune, nicht umhin können wird, möglichst zu beschneiden, bis ein in neuen, freien Gesellschaftszuständen herangewachsenes Geschlecht imstande sein wird, den ganzen Staatsplunder von sich abzutun.

Und währenddem schwillt lawinenhaft die Not des Proletariats. Immer stärker wird der Druck der Staatsmaschine auf seine Schultern. Mit dem Elend greift die Verzweiflung um sich, aber zugleich erwacht der Wille zum Widerstand, der Wille zur Zertrümmerung der Ausbeutermacht. Aus dem Meer des Elends erhebt sich lauter und lauter

der Ruf der Ausgebeuteten nach der neuen Welt, nach dem Sozialismus.

Die Arbeiterklasse fühlt nicht nur das Grauen ihrer heutigen Lage. Sie sieht, daß die Bourgeoisie noch entsetzlicheren Katastrophen entgegenreißt; daß die Organisation des Chaos vorbereitet wird; der neue Weltkrieg

Aber der Weg in den Sozialismus ist nur möglich, wenn die Vorhut des Proletariats, geschlossen zusammengefaßt in einer revolutionären Partei, auf diesem Wege organisierend und führend vorangeht. Wo ist heute diese Führung?

Die sozialdemokratischen Parteien der ganzen Welt haben sich gekettet an den Ausbeuterstaat. Sie führen nicht mehr, sie hemmen nur noch. Die kommunistische Internationale, einmal die Hoffnung von vielen Millionen, beweist an jedem Tage von neuem ihre Unfähigkeit, die revolutionäre Führung tatsächlich zu übernehmen. Hoffnungslosigkeit hat Zehntausende erfaßt, die einmal unter den Vorkämpfern der Arbeiterklasse standen.

Die Jugend grüßt den Parteitag!

Mit großer Spannung wird von der Parteigenossenschaft der erste Parteitag der Sozialistischen Arbeiter-Partei erwartet. Soll er doch richtunggebend sein für die künftige politische Orientierung der Gesamtpartei. Die politischen Debatten sind seit Wochen in vollem Gange, und in allen Teilen des Reiches, in jeder kleinen Ortsgruppe sind die Genossen mit Begeisterung bemüht, eine Klärung der politischen Linie der Partei herbeizuführen.

Bei der starken Anteilnahme der Jugend am Parteileben ist es selbstverständlich, daß die Jugend mit größter Erwartung dem Parteitag entgegenseht;

hängt doch von der politischen Einstellung der Partei ungeheuer viel für die Fortentwicklung unserer eigenen Organisation, des Sozialistischen Jugendverbandes ab. Nur eine Partei mit zielklarem, revolutionärem Programm hat den Anspruch darauf, die Massen der proletarischen Jugend hinter sich zu sammeln. Und gerade jetzt, kurz vor dem Parteitag der SAP, drängt sich uns ein Rückblick auf den letzten Parteitag der SPD im Juni v. J. in Leipzig auf.

Damals stand — weniger aus Liebe zur Jugend als aus zwingender Notwendigkeit — als eines der Hauptthemen die Frage „Jugend und Partei“ im Mittelpunkt der Beratungen, die vom Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiterjugend, Erich Ollenhauer, behandelt wurde. In den Wochen und Monaten vor dem sozialdemokratischen Parteitag wurde in den Kreisen der SPD viel über das Jugendproblem geredet, einmal weil die Reichstagswahl 1930 mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt hatte, daß breite Schichten der proletarischen Jungwähler nicht sozialdemokratisch gewählt hatten, andererseits, weil die wachsende Opposition in den Reihen der Jugend den Hauptvorstand der SAJ zu schärfsten Maßnahmen gegenüber den oppositionellen älteren Jugendlichen veranlaßt hatte. Hinzu kam der Konflikt mit der Jungsozialistischen Vereinigung, die man dann auch, ohne den Genossen eine Möglichkeit der Verteidigung auf dem Parteitag zu geben, auflöste, weil nach Meinung der Mehrheit des Parteitages „die Voraussetzungen für eine solche Organisation nicht gegeben seien.“

Die Jugend hatte erwartet, der Parteitag würde in einer Art und Weise zu diesem Thema Stellung nehmen, daß von Leipzig aus ein neuer Strom der Begeisterung in die proletarische Jugend dringen werde. Aber nichts von dem ist geschehen, sowohl vom Referenten zu dieser Frage als auch von der Mehrheit des Parteitages wurde das Problem als rein organisatorische Frage behandelt. Und in uns allen — der größte Teil des Sozialistischen Jugendverbandes rekrutierte sich ja aus ehemaligen Mitgliedern der SAJ — lodert noch helle Empörung über die Art, in der man gegen die Tribüne, die zum größten Teil von jungen Genossen besetzt war, die verständlicherweise den Rednern der Opposition Beifall spendeten, von Seiten der Parteitagsgleitung vorging. Wir waren uns bereits damals klar darüber, daß eine Lösung des Jugendproblems innerhalb der Sozialdemokratie unmöglich war und sein muß, weil die grundsätzliche Einstellung der Sozialdemokratie zum heutigen Staat und die als Ausdruck dessen betriebene Politik des Ausweichens, des Tolerierens, die Politik des „kleineren Übels“ mit der zunehmenden Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiterschaft und den harten Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Jugend diese in immer stärkerem Maße in Gegensatz zur Parteipolitik bringen mußte.

Nicht mit organisatorischen Maßnahmen fügt man die Jugend einer Parteiorganisation ein, sondern nur durch eine aktive, sozialistische Politik.

Wenn wir heute anlässlich der Eröffnung des Parteitages diesem herzlichste Grüße übermitteln, dann tun wir das in der festen Überzeugung, daß es in der SAP ein Problem Jugend und Partei nicht geben wird solange diese eine klare, revolutionäre Politik betreibt. Die Stellung des SJV zur Sozialistischen Arbeiterpartei ist auf der vor 3 Wochen in Dresden durchgeführten 1. Reichskonferenz des Verbandes eindeutig und in voller Einmütigkeit in folgender Formulierung zum Ausdruck gebracht worden:

„Der SJV ist eine organisatorisch und politisch selbständige Jugendorganisation, die auf den revolutionären Kampf der proletarischen Klasse um den Sozialismus als einer gesellschaftlichen Notwendigkeit verpflichtet ist. Dabei steht er in engem Kampfbündnis und solidarischer Verbundenheit mit der SAP.“

Selbständige Jugendorganisation wollen wir sein. Zwar war das Schicksal der arbeitenden Jugend zu keiner Zeit so eng mit dem der erwachsenen Arbeiterschaft verbunden wie in der gegenwärtigen Situation — erinnert sei nur an die katastrophalen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit gerade unter der proletarischen Jugend — aber notwendig ist eine politische und organisatorisch selbständige Jugendorganisation, weil die Aufgaben einer Jugend-

organisation wesentlich andere sind als die einer Partei. Das bedeutet natürlich nicht, daß wir die älteren Genossen aus unserer Arbeit ausschalten. Jeder Parteigenosse, der sich das Vertrauen der Jugend erworben hat, ist uns in der Arbeit willkommen. Aber die Geschicke der Jugendorganisation hat die Jugend selbst zu bestimmen.

Auf der anderen Seite soll es eine Selbstverständlichkeit sein, daß die Jugend in stärkstem Maße an der Parteiarbeit teilnehmen soll. Im Gegensatz zur Sozialdemokratischen Partei sind wir der Meinung, daß parteitaktische Fragen nicht von der Jugend ferngehalten werden sollen, im Gegenteil:

selbst unsere jüngsten Genossinnen und Genossen sollen sich mit den Auseinandersetzungen in der Partei beschäftigen, um sich dann, beim aktiven Eingreifen in die Parteiarbeit, ein selbständiges Urteil bilden zu können. Die wenigen seit der Gründung der SAP vergangenen Monate haben bereits

gezeigt, daß die Jugend in stärkstem Maße in der Partei tätig ist, ja daß sogar die junge Generation das Rückgrat der Partei bildet.

Enge Kampfgemeinschaft mit der SAP heißt unsere Lösung.

Und wenn sich jetzt erneut ungeheure Anschläge auf die Rechte der Jugend vorbereiten — genannt seien nur die Debatten über die Heraussetzung des Wahlalters, die „Entpolitisierung“ der schulpflichtigen Jugend in einigen Ländern (darunter fällt bekanntlich auch die berufsschulpflichtige Jugend) und die Anregung des Herrn Reichswehrministers Groener, auf die politische Beeinflussung der wahlunmündigen Jugend überhaupt zu verzichten — dann erwarten wir von der SAP, daß sie den Sozialistischen Jugendverband mit aller Kraft im Kampf gegen diese reaktionären Absichten unterstützt.

In diesem Sinne grüßt die Jugend den Parteitag der Sozialistischen Arbeiter-Partei. Wir wissen, daß die ungeheure Arbeit, die in

Trotzki über Klingenthal

Erfolgreiche Kartellarbeit — „Lernt bei den Arbeitern von Bruchsal und Klingenthal!“

Wir drucken im Folgenden ein Stück aus Trotzki neuer Schrift: „Was nun? — Schicksalsfragen des Deutschen Proletariats“. Verlag Anton Grelweh, Berlin-Schölin. Bruchsaler Str. 23. ab. Wir würden zu dieser höchst wertvollen Schrift Trotzki, die sich eingehend mit der SAP beschäftigt, noch ausführlich Stellung nehmen. Es sei noch bemerkt, daß Klingenthal eine unserer besten Ortsgruppen ist, wo fast die ganze, relativ sehr starke SPD-Ortsgruppe zur SAP übergetreten ist. D. R.

Das, was in Bruchsal und Klingenthal getan worden ist, wo die Kommunisten gemeinsam mit SAP und Gewerkschaften, bei Boykott der reformistischen Spitze, eine Abwehrorganisation geschaffen haben, das ist trotz der bescheidenen Ausmaße

ein Vorbild für das ganze Land.

O hohe Führer, möchte man von da aus rufen, o siebenmal weise Strategen, lernt bei den Arbeitern von Bruchsal und Klingenthal, eifert ihnen nach, verbreitert ihre Erfahrung, präzisiert deren Formen, lernt bei den Arbeitern von Bruchsal und Klingenthal!

Das deutsche Proletariat verfügt über mächtige politische, wirtschaftliche und sportliche Organisationen. Darin besteht ja auch der Unterschied zwischen dem „Brüningregime“ und dem „Hitlerregime“. Hier gibt es kein Verdienst Brünings: bürokratische Schwäche ist kein Verdienst. Doch muß man sehen, was ist. Die wichtigste, grundlegendste, kapitale Tatsache ist, daß Deutschlands Proletariat heute noch in vollem Rüstzeug seiner Organisationen steht. Wenn

es schwach ist, so bloß deshalb, weil seiner organisatorischen Kraft eine unrichtige Anwendung zuteil wird.

Es würde aber genügen, den Versuch von Bruchsal und Klingenthal auf ganz Deutschland zu übertragen, damit Deutschland anders aussehe.

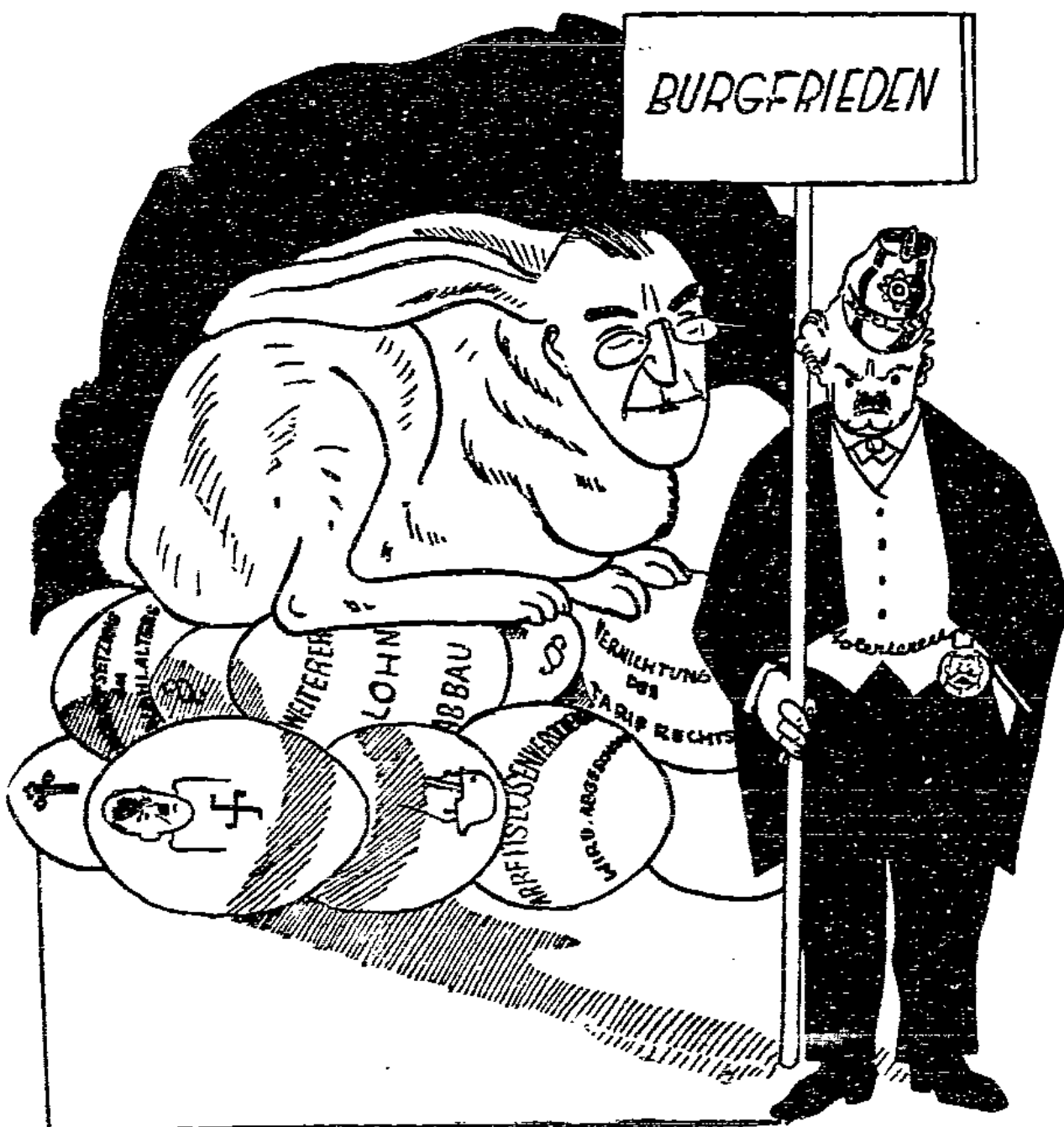
Gegen die Faschisten könnte die Arbeiterklasse unter diesen Bedingungen weitaus wirksamere und direkte Kampfarten in Anwendung bringen als den Generalstreik. Würde aber aus dem Zusammenwirken der Umstände sich dennoch die Notwendigkeit des Massenstreiks ergeben (eine solche Notwendigkeit könnte sich ergeben aus einem bestimmten Wechselverhältnis zwischen Faschismus und Staatsorganen), so wäre ein System von Verteidigungskomitees der Einheitsfront imstande, den Massenstreik mit im voraus gesichertem Erfolg durchzuführen.

Auf dieser Etappe würde der Kampf nicht halt machen. Denn was ist im Grunde die Bruchsaler oder die Klingenthaler Organisation? Man muß im Kleinen das Große zu sehen wissen: das ist

der Lokalsowjet der Arbeiterdeputierten.

Er nennt sich nicht so und fühlt sich nicht so; denn es handelt sich um einen vergessenen Provinzwinkel. Die Quantität bestimmt auch hier die Qualität. Uebertragt den Versuch auf Berlin — und ihr habt den Berliner Sowjet der Arbeiterdeputierten!

Damit das Beutegeschäft nicht gestört wird . . .



den nächsten Wochen und Monaten besonders zu leisten ist, überhaupt nur bewältigt werden kann, wenn jeder mit dem Einsatz seiner ganzen Kraft sich der Bewegung zur Verfügung stellt. Wir führen den Kampf gemeinsam mit den Genossen der SAP in dem Bewußtsein, daß

dieser Kampf nicht geführt wird nach Geschlechtern und Generationen, sondern Klasse gegen Klasse.

In diesem Kampf kann das Jungproletariat keine andere, besondere Aufgabe haben als die, welche Karl Liebknecht der Jugend gestellt hat:

reinste Flamme der Revolution zu sein!

Die Jugend erwartet, daß die Partei die notwendigen Auseinandersetzungen um die Festlegung der politischen Linie der Partei mit aller Schärfe, aber in der kameradschaftlichsten Form führt. Unsere Jugendkonferenz in Dresden liefert den besten Beweis dafür, daß politische Meinungsverschiedenheiten in sachlicher, kameradschaftlicher Form ausgetragen werden können. Und am Schluß dieses ersten Parteitages, der zwar kein fertiges Programm beschließen kann, soll stehen ein klares Bekenntnis zum revolutionären Klassenkampf. Dann kann die Partei in jeder Situation auf uns, die Jungen, zählen. Dann wird es uns gelingen, gemeinsam, Schulter an Schulter mit den Genossen der SAP, erfolgreich den Kampf zu führen um die

Einheit des Proletariats

als die wichtigste Voraussetzung für die Befreiung der Arbeiterklasse und damit auch der proletarischen Jugend.

Der Hauptvorstand des Sozialistischen Jugend-Verbandes, Edith Baumann.

Verbot proletarischer Hilfsorganisationen in der Tschechoslowakei

Prag, 24. März 1932.

Die Organisationen der IAH und der „Roten Hilfe“ der Tschechoslowakei, die den Kern des Hilfskomitees für die hungernde ukrainische Bevölkerung der Provinz Karpatho-Rußland bilden, sind laut Beschluß der Regierung aufgelöst worden. Für den Fall ihrer Fortführung wurde mit hohen Gefängnisstrafen gedroht.

Wir haben vor einigen Wochen in der „SAZ“ bereits auf die grauenhaften Verhältnisse in der Karpatho-Ukraine hingewiesen, wo ein Volk mitten in Europa buchstäblich verhungert. Die Publikationen des Hilfskomitees, die große Versammlungskampagne in der ganzen Kulturwelt haben einen Empörungsturm in der Welt erzeugt, der auch auf die amtlichen Stellen der Tschechoslowakei nicht ohne Eindruck geblieben ist. Namentlich die Beteiligung des englischen Journalisten Hamilton, Mitglied einer großen humanitären Organisation Englands, und des bekannten deutschen Schriftstellers Ludwig Renn an einer Hilfsdelegation für Karpatho-Rußland war den Prager Regierungsstellen sichtlich unangenehm.

Der Gouverneur Karpatho-Rußlands war gezwungen, unter dem Druck der öffentlichen Meinung seine Demission einzureichen. Das Prager Parlament beschloß die Einsetzung einer Untersuchungskommission.

Während man damit die Notwendigkeit des Alarmrufes des Hilfskomitees bestätigt hat, führt man jetzt gleichzeitig einen empörenden Rachefeldzug gegen die proletarischen Organisationen, die für die Aufdeckung der Zustände und die Alarmierung der internationalen Solidarität für die verhungerten Arbeiter und Bauern Karpatho-Rußlands verantwortlich sind. Zu einer umfassenden Hilfsaktion hat sich die Regierung bis zur Stunde nicht aufraffen können. Gleichzeitig soll die Solidaritätsaktion des internationalen Proletariats unterbunden werden. Das ist das Gesicht der Regierung, die die Worte Freiheit und Humanität am lautesten im Munde führt!

Das dritte Reich in Braunschweig

Braunschweig 24. März 1932

In dem Arbeiterort Kairod, der in der Nähe von Kreienzen liegt, kam es am Mittwoch wieder zu wüsten Nazi-Ausschreitungen, bei denen sich die SA Polizeibefugnisse anmaßte. Unter dem Vorwande, von Schulkindern mit Steinen beworfen zu sein, alarmierte ein wahrscheinlich zu provokatorischen Zwecken nach Kairod geschickter Nazimann eine auswärtige SA-Abteilung, die nach kurzer Zeit in Stärke von 80 Mann eintraf, die Ortschaft abriegelte und die Arbeiterhäuser regelrecht belagerte. Die SA drang in die Wohnungen der Arbeiterfunktionäre ein und nahm unter Gewaltanwendung Haussuchungen vor.

Alarm! Alarm!

Der Wahnsinn des Berechtigungswesens

Meiningen, 24. März 1932

Nach beendetem Schulschluß hat sich heute der 16jährige Untersekundaner Kummer vom hiesigen Reformrealgymnasium durch einen Revolverschuß getötet. Kummer war nicht versetzt worden.

Anklam, 24. März 1932

Der 18 Jahre alte Gymnasiast Herbert Soll schoß sich, da er nicht versetzt worden ist, in der Wohnung seiner Eltern eine Kugel in die Schläfe. Er ist im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Kleine „Manuela“-Tragödie

Eine Lyzeumsschülerin in Hannover-Münden hat sich dieser Tage im Walde erschossen. Es liegt ein Tatbestand zugrunde, der fast haargenau dem Schicksal der Manuela in dem berühmten Film „Mädchen in Uniform“ gleicht. Auch sie war durch ihre kindlichen Verehrungsbezeugungen der Lehrerin lästig gefallen.

Mord

an einer Hausangestellten

Paderborn, 24. März 1932.

Seit dem 18. d. M. wurde die bei dem Viehhändler Moritz Meyer als Hausangestellte beschäftigte Martha Caspar vermißt. Die polizeilichen Ermittlungen haben nunmehr zur Aufdeckung einer scheußlichen Mordtat geführt. Bei der Durchsuchung des Wohn- und Stallgebäudes Meyers wurden menschliche Fleisch- und Knochenreste, sowie Kleidungsstücke der Verschwundenen gefunden. Nach anfänglichem Leugnen haben der Viehhändler und sein Sohn gestanden, Martha Caspar getötet und die Leiche zerstückelt zu haben. Der 26jährige ledige Sohn des Viehhändlers hatte mit der Angestellten ein Verhältnis, das nicht ohne Folgen geblieben war. Aus diesem Grunde hatte er gemeinsam mit seinem Vater beschlossen, das Mädchen zu beseitigen.

Brand im Opernhaus

Königsberg, 23. März 1932.

Während der Vorstellung „Drei Musketiere“ im Opernhaus brach am Mittwochabend im Dachgeschoß des Bühnenhauses, und zwar im Malersaal, ein Feuer aus, das durch Straßenpassanten gegen 10 Uhr bemerkt und ins Theater hinein gemeldet wurde. Die Vorstellung wurde sofort unterbrochen und der Zuschauerraum in voller Ordnung und Ruhe geräumt. Das Feuer war gegen 23 Uhr bereits zum größten Teil gelöscht. Von dem Brand ist im wesentlichen nur der Querbau des Bühnenhauses in Mitleidenschaft gezogen worden.

„Antimilitarismus und Sozialdemokratie“

Die Fortsetzung kann aus raumtechnischen Gründen erst in der nächsten Ausgabe der „SAZ“ erfolgen.

Die Opfer der Bankrotteure

Ein Erfolg des freigewerkschaftlichen Bankangestelltenverbandes

Die mit der großen Bankensanierung angekündigten Massenentlassungen haben unter dem Personal begreiflicherweise eine große Beunruhigung ausgelöst. Auch die Tatsache, daß die Reichsregierung zur Milderung der Folgen 20 Millionen RM. gestellt hat, konnte diese nicht nennenswert dämpfen, da zugleich über deren Verwendung nichts genaueres bestimmt worden war. Der freigewerkschaftliche Bankangestelltenverband hat sich sofort dieser Frage mit Nachdruck angenommen und es ist ihm auch gelungen, mit der Dresdner Bank vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrats zu Vereinbarungen zu kommen, die die Angestellten wenigstens gegen größte Härten schützen. U. a. ist darin vorgesehen:

Angestellte im Alter von über 30 Jahren und Angestellte mit mehr als 10 Dienstjahren sollen nicht zwangsläufig zum Abbau gelangen. Aus dieser Kategorie sollen vielmehr

a) die über 50 Jahre alten Angestellten pensioniert werden. Die Pension soll nach 15 Dienstjahren dreißig Sechzigstel des Arbeitseinkommens, steigend für jedes weitere Dienstjahr um ein Sechzigstel bis 40 Sechzigstel nach 25 Dienstjahren betragen. Der Mindestsatz der Pension soll für die Ortsklasse A 2000 M. pro Jahr betragen, der Höchstsatz 6000 M. nicht übersteigen.

b) Angestellte im Alter von 45 bis 50 Jahren erhalten ein Wartegeld in Höhe von 75 Prozent ihrer Bezüge.

Sofern alsdann noch ein Abbau erforderlich sein sollte, soll in erster Linie auf den freiwilligen Abbau zurückgegriffen werden. Angestellten, die freiwillig ausscheiden wollen, ist das gleiche Abkehlgeld zu zahlen, wie wenn die Kündigung seitens der Bank erfolgt wäre.

Kündigungen können frühestens zum 1. Juli 1932 ausgesprochen werden.

Bei allen diesen Maßnahmen hat die Betriebsvertretung mitzuwirken.

Die Höhe der Abfindungen soll grundsätzlich pro Dienstjahr ein Zwölftel Jahreseinkommen, mindestens jedoch sechs Zwölftel Jahreseinkommen betragen. Dazu tritt für Verheiratete ein Zuschlag von drei Zwölfteln Jahreseinkommen. Liegen besondere Umstände vor, so kann über diese Sätze hinausgegangen werden.

Differenzen in den Filialen werden zunächst durch einen Ausschuß bei der Zentrale geschlichtet. Einigt sich dieser Ausschuß nicht mit der Direktion der Bank, so wird der Streitfall durch eine paritätische Kommission aus Bankleitung und den am Reichstarifvertrag beteiligten Gewerkschaften geschlichtet. Den Vorsitz dieser Kommission führt ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums.

Zum Ausgleich besonderer Härten ist aus den zur Verfügung stehenden besonderen Mitteln ein Härtefonds in Höhe von 2 000 000 Mark abzuzweigen.

Ferner wird festgelegt, daß bei Neueinstellungen zuerst das auf Wartegeld gesetzte bzw. entlassene Personal zu berücksichtigen ist, ohne Zustimmung der Betriebsvertretung auch keine Lehrlinge eingestellt werden dürfen und daß während der Geltungsdauer der Richtlinien Ueberstunden zur Bewältigung regulärer Arbeiten verboten sind.

Diejenigen Angestellten, die pensioniert, auf Wartegeld gesetzt, oder zur Entlassung kommen, sollen während der Dauer der Kündigungsfrist beurlaubt werden.

Die vom Reich zur Verfügung gestellten besonderen Mittel finden nur Verwendung für Leistungen an die dem Reichstarifvertrag unterstehenden Angestellten.

Die Richtlinien finden auf einen Abbau nach dem 30. September 1933 keine Anwendung mehr.

Der Ausschuß des Aufsichtsrats der Dresdner Bank hat bereits seine Zustimmung gegeben. Der freigewerkschaftliche Bankangestellten-Verband hat damit bewiesen, daß trotz der ungünstigen Wirtschaftslage sehr viel erreicht werden kann, wenn man entschlossen den drohenden Gefahren begegnet. Weder der Deutsche Bankbeamten-Verein noch die anderen Verbände, die vorgeben, die Interessen der Bankangestellten wahrzunehmen, haben zu diesem Erfolg beigetragen; wurden vielmehr durch den Bankangestellten-Verband vor eine vollendete Tatsache gestellt und versuchen jetzt durch klägliche Manöver, ihr Versagen in dieser für hunderte von Bankangestellten lebenswichtigen Frage abzuschwächen.

Bankangestellte, laßt euch nicht täuschen, organisiert euch im Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten und stärkt die Front der klassenbewußten Angestellten!

Umstürzlerische Ziele?

Urteil gegen die SA? Nein — gegen Kommunisten!

Nach dreitägiger Verhandlung verkündete der vierte Strafsenat des Reichsgerichts sein Urteil im Hochverrats- und Sprengstoffprozeß gegen elf Hamburger Kommunisten, die in der Wohnung des Bergmanns Wilhelm Meyer Bomben hergestellt haben, und zwar nach ihren Erklärungen zur Verteidigung gegen einen von nationalsozialistischer Seite erwarteten Ueberfall.

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts sah den politischen Verwendungszweck für Gewalttätigkeiten im Sinne der umstürzlerischen Ziele der KPD als erwiesen an.

Acht der Angeklagten wurden wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit einem Sprengstoffverbrechen und Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung zu Zuchthausstrafen verurteilt, darunter der Hauptangeklagte Wilhelm Meyer zu drei Jahren sechs Monaten, der Invalide Peter zu zwei Jahren neun Monaten, drei weitere Angeklagte zu je zwei Jahren, einer zu einem Jahr sechs Monaten und zwei zu je einem Jahr zwei Monaten.

Dem Angeklagten Wilhelm Meyer wurden außerdem die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren von den übrigen zu Zuchthaus Verurteilten auf die Dauer von drei Jahren aberkannt.

Leser werbt für die SAZ

Kumpeltragödien ohne Ende

Halle, 24. März 1932.

Im Tagebau der Grube „Louise“ der Eintracht-Braunkohlenwerke in Bad Liebenwerda stürzte am Mittwoch eine Kohlenzuglokomotive infolge eines Dammrutsches in den stillgelegten Teil des Tagesbaues. Der Lokomotivführer Haase aus Wildgrube und der Heizer Goldammer aus Domdorf lagen unter der zertrümmerten Lokomotive im Grundwasser des Tagesbaues. Nur mit Schweißapparaten konnten sie aus ihrer furchtbaren Lage befreit werden. Im Knappschaftslazarett Kletwitz sind beide ihren schweren Verbrühungen und inneren Verletzungen erlegen. Der Dammrutsch ist durch das wechselnde Frost- und Tauwetter der letzten Tage verursacht worden.

Erfroren aufgefunden

Wien, 24. März 1932

Im Gletschergebiet des Großglockner wurden vier reichsdeutsche Touristen aufgefunden. Zwei Männer und eine Frau waren bereits erfroren. Eine weitere Person, der Student Hans Kaserer aus München, gab noch Lebenszeichen von sich.

Neun Obdachlose in einer Scheune verbrannt

Reval, 24. März 1932

Beim Brand einer Scheune, die von Obdachlosen als Nachtquartier benutzt wurde, kamen neun Menschen in den Flammen um. Es ist möglich, daß unter den Trümmern noch mehr Leichen gefunden werden.

Militaristische Justiz

Das Kriegsgesicht in Toulon verurteilte fünf Matrosen, die, als sie zu einer Strafkompagnie versetzt worden waren, gemeutert hatten, zu Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren, und in zwei Fällen zur militärischen Degradierung und zu zehn Jahren Aufenthaltsverbot.

358 Todesopfer des Tornados

New York, 24. März 1932.

Wie aus Birmingham im Staate Alabama gemeldet wird, beläuft sich die Gesamtzahl der Personen, die infolge des Tornados in den fünf Südstaaten ums Leben gekommen sind, auf 358. Verletzt wurden 2500 Menschen, 7000 sind obdachlos. Der Sachschaden beträgt mehrere Millionen Dollar.

Die Berufung Al Capones abgewiesen

Chicago, 24. März 1932.

Die Berufung Al Capones gegen seine Verurteilung wegen Einkommensteuerhinterziehung ist wiederum verworfen worden. Er war am 24. Oktober v. J. zu elf Jahren Gefängnis und 50 000 Dollar Geldstrafe verurteilt worden.

Zeppelin in Pernambuco

Wie Associated Press aus Pernambuco berichtet, ist das Luftschiff „Graf Zeppelin“ dort am Mittwoch um 20,40 Uhr MEZ glatt gelandet. Die Reise ist programmäßig und ohne Zwischenfälle verlaufen.

37 Jahre hat „Juno“ das gehalten, was sie immer

versprochen hat:

Höchsten Genuß!

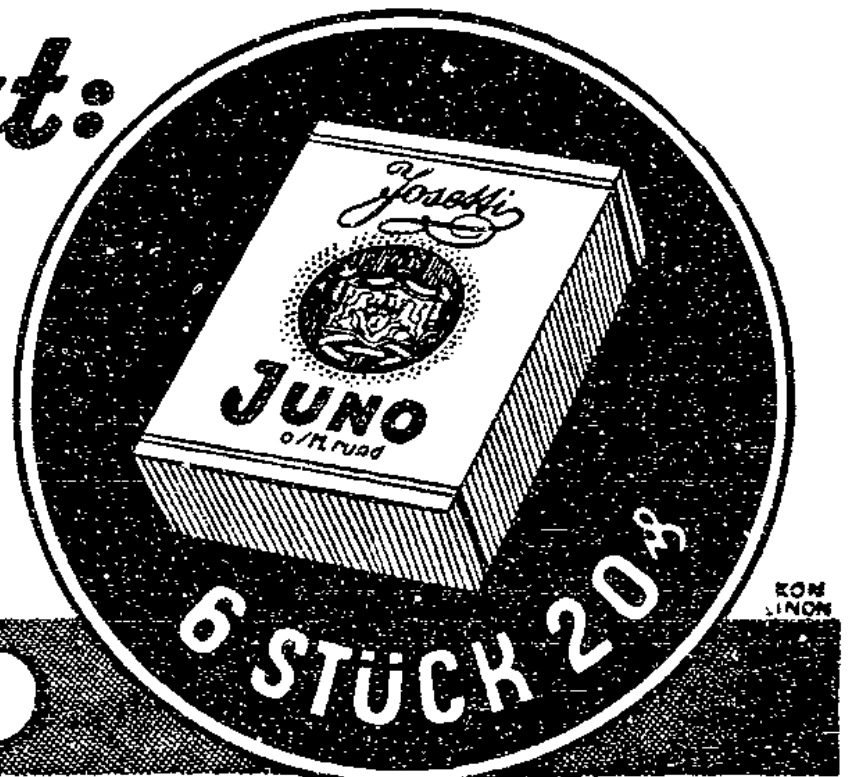
Und alle Zeit werden wir dafür eintreten: Jeder Pfennig Ersparnis kommt dem Tabak zugute! Jede Zugabe würde die Qualität verringern!

Gibt es eine Wahl für uns?

JUNO

enthält keine Zugaben, wie Gutscheine, Wertmarken oder Stickereien.

Sie bietet dafür höchste Qualität und volles Format!



Bezirkskonferenz Hessen-Hessen-Nassau

Am Sonntag tagte in Frankfurt a. M., in unserem „Roten Haus“, eine Konferenz des Parteibeckens Hessen-Hessen-Nassau. Die Konferenz war gut besucht. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Referat des Genossen Hans Markwald über die politische Lage in Preußen. An das Referat schloß sich ein lebhafter Meinungsaustausch. Man kam auch auf einen gehässigen Artikel der Frankfurter „Volksstimme“ zu sprechen. Es folgte die Aufstellung der Kandidaten. Die Kandidatenliste sieht folgendermaßen aus:

1. Hans Markwald, Frankfurt a. M.;
2. Hein Herben, Kassel;
3. Georg Stierle, Frankfurt a. M.;
4. Else Eisenmann, Frankfurt a. M.;
5. Fritz Schweig, Oberursel;
6. Kegel, Wetzlar;
7. Grebener, Hanau;
8. Keim, Frankfurt a. M.;
9. Köhler, Wetzlar;
10. Heck, Hanau;
11. Treser, Frankfurt a. M.;
12. Kries, Frankfurt a. M.;
13. Diefenbach, Frankfurt a. M.;
14. Ill, Hüttengesäß;
15. Pörrgen, Wiesbaden.

Für die Landesliste wurde der Genosse Georg Stierle vorgeschlagen. — Es fand dann noch eine lebhaftere Aussprache darüber statt, wie sich die SAP beim zweiten Wahlgang der Präsidentenwahl zu verhalten habe.

Frankfurt a. M.

Unsauberer Kampf der „Volksstimme“ gegen Genossen Markwald. In einem Artikel, überschrieben „Das Hänschen“, versucht die Volksstimme den Genossen Markwald verächtlich zu machen. Es wird darin u. a. behauptet, er, der „unerschrockene Verfechter der Demokratie“, wollte sich ohne Urwahl als Landtagskandidat nominieren lassen. Er sei aus rein finanziellen Gründen zur SAP hinübergewechselt. „Als er pensioniert wurde und nun eine Summe bekommt, wie sie nur wenig arbeitende Menschen verdienen, da mußte er sich, um sich eine weitere Einnahme zu sichern, auch parteipolitisch umgruppieren“, so heißt es in der „Volksstimme“. Markwald habe schon 1/4 Jahr vor seinem Austritt mit Seydewitz verhandelt, um Spitzenkandidat zu werden. Die „Volksstimme“ ist schlecht informiert: Genosse Seydewitz denkt gar nicht daran, irgend jemand ein Mandat zu versprechen. Wer Landtagskandidat unserer Partei wird, das entscheidet die Mehrheit der Mitgliedschaft. Genosse Markwald wurde in der Urwahl gewählt. Wenn die „Volksstimme“ meint, Markwalds Uebertritt zur SAP sei finanziell bedingt, so ist es wohl der Herren eigener Geist, der aus diesen Zeiten spricht. Markwald kam zur SAP, weil er sah, daß es in der SPD keine Opposition mehr gibt. Für ihn gab es innerhalb der SPD keine andere Möglichkeit, als zu kapitulieren oder einen nutzlosen Kampf gegen die Bonzokratie zu führen. Markwald zog es unter diesen Umständen vor, zur SAP zu gehen. In eine solche Lage werden die Redakteure der „Volksstimme“ allerdings nicht kommen. Besitzen sie doch die Fähigkeit, unter jeder Richtung schreiben zu können. Ein Mann, der Charakter besitzt, kann das nicht.

In der Delegiertenversammlung des Metallarbeiter-Verbandes referierte der hiesige Bevollmächtigte des DMV, Ernst Mulansky. Er kam zum Schluß darauf, daß die Wirtschaftskrise ausweglos sei. Kein Wirtschaftler habe bisher feststellen können, wann mit der Beendigung der Krise zu rechnen sei. Speziell in der Frankfurter Metallindustrie wirke sich die Krise verhängnisvoll aus. Nur noch 1600 Metallarbeiter arbeiteten voll. Die Oberurseler Motorenfabrik sei völlig stillgelegt. Die Arbeiter, die dort beschäftigt waren, hätten keine Aussicht, irgendwo anders in Arbeit zu kommen. Mulansky sprach auch über das Verhältnis des DMV zu den verschiedenen Arbeiterparteien. Er wandte sich gegen jegliche Fraktionsarbeit innerhalb des DMV und kündigte scharfe Maßnahmen an. Wer gemeint ist, wurde nicht gesagt, doch daß von den Leuten, die sich gegen Fraktionsarbeit wenden, selbst Fraktionsarbeit geleistet wird, zeigte die Wahlen zur Ortsverwaltung. Man wählte den Genossen Portune aus der Ortsverwaltung heraus. — Ein Resultat der Fraktionsarbeit der „Eisernen Front“. Nach dem Jahresbericht sind im Jahre 1931 1900 Mitglieder aus dem Verband ausgetreten. Im letzten Quartal sind keine Austritte zu verzeichnen. — In der Diskussion sprachen u. a. die Genossen Kries und Portune. Sie zeigten, wie ausweglos die Politik der Sozialdemokratie und des ADGB ist. Genosse Portune legte dar, daß man den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft und den Faschismus unmöglich erfolgreich führen könne, wenn man dieses System durch die Tolerierungspolitik stütze.

Stadtrandiedler, wehrt euch! Die Stadt hat im Laufe der letzten Monate an etwa 2000 Arbeitslose Gelände abgegeben. Der Staat gewährt dem Arbeitslosen im ersten Jahr ein Darlehen von 50 Mark. Das Geld erhält die Stadt. Sie gibt dem Arbeitslosen dafür Saatgut. Sie bestreitet davon die Kosten für die Umzäunung des Geländes usw. Dieses Darlehen muß zurückgezahlt werden. Nur solche Siedler erhalten ein Darlehen, die einem Kleingartenbauverein angehören, der dem Reichsverband der Kleingartenbauvereine angeschlossen ist. Siedler, die keinem derartigen Verein angehören, erhalten nichts. Sie sind also gezwungen, ihre Arbeitslosenunterstützung an einen überflüssigen Verein abzuführen.

Der Totschlag im Café Daube vor Gericht. Im Dezember vorigen Jahres brach in dem Nachtcafé Daube ein Streit aus, in dessen Ver-

GEG-Fabrik maßregelt SAP-Betriebsrat

Oldenburg, 24. März 1932

Wir berichteten vor kurzem von der Kündigung einiger unserer Funktionäre der GEG-Fleischwarenfabrik. Noch ist diese Angelegenheit durch das Arbeitsgericht nicht geklärt, da wir wieder ein Schlichter, der Mitglied des Betriebsrates ist, unter dem Vorwand der Arbeitsverweigerung fristlos entlassen. Wer die in dem betreffenden Betrieb seit langem bestehende Antreiberei und Gesinnungsschnüferei kennt, wird sich nicht wundern, daß die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen gegen die Antreiberei eines Teiles der Meister sich zur Wehr setzen und sich diese Anrempelungen verbitten. Der Genosse, der auf Vorhaltungen, daß er an einer Arbeit zu lange Zeit gebrauche (was übrigens jetzt die SAP-Mitglieder dauernd hören müssen), die richtige Antwort gab, bekam neben einer schriftlichen Verwarnung die Strafversetzung an einen der schlechtesten Arbeitsplätze, obwohl er ungefähr sechs Jahre den bisherigen Platz innehatte. Die Strafversetzung sollte er als Entgegenkommen betrachten, denn durch die Verletzung der Betriebsdisziplin habe er fristlose Entlassung verdient. Unverständlich wird es erst den freigewerkschaftlichen Arbeitern sein, daß all die Maßnahmen über den Kopf der Betriebsvertretung hinweg verhängt werden — ein Zeichen, welche Achtung diese durch die Arbeitergroßen nach oben gebrachten Leute den gesetzlichen Vertretungen der Arbeiterschaft entgegenbringen. Und da wagt man immer noch von wirtschaftsdemokratischen

Einrichtungen zu sprechen, die der Arbeiter Los bessern sollen. Weil der Genosse diese Strafversetzung als eine Maßregelung auf die Denunziation des Meisters hin betrachtete, lenkte er die ihm zugewiesene Arbeit ab und wurde fristlos entlassen. Es ist doch klar, daß die Betriebsleitung diesen Grund zur Entlassung nur an den Haren herbeigezogen hat, um einen ihr unliebsamen Betriebsrat zur Strecke zu bringen. Zu diesem Zweck hat man ein übles Denunziantentum im Betrieb geschaffen. Wir fordern auch an dieser Stelle die verantwortlichen Stellen der GEG auf, unverzüglich diese Maßregelung rückgängig zu machen und auch die unbegründeten Verdächtigungen gegen unsere Genossen in diesem Betrieb zu unterlassen. Wenn die Leute glauben, daß sie über die Einrichtungen auf sozialdemokratischen Wunsch nach ihrem Gutdünken verfügen können, sollen sie auch die Verantwortung tragen, wenn das Vertrauen weiter Kreise der Arbeiterschaft zu diesen Einrichtungen verloren geht. Wir betonen, daß wir sofort vor die Öffentlichkeit treten und sie über die unerhörten Methoden der Arbeiterausbeutung im einzelnen unterrichten. Noch sind uns die unter großen Opfern aufgebauten Einrichtungen zu schade, sie der Willkürherrschaft dieser sozialdemokratischen Clique auszuliefern, weil diese längst jedes Verständnis für den Arbeiter verloren haben und, wie es sich zeigt, auch höchst unverantwortlich mit dem Gut der Arbeiter umgehen. Wir können also nur warnen,

lauf der Arbeitslose Roman Müßig einen Gast tötete und einen Kellner schwer verletzte. Roman Müßig mußte sich nun vor Gericht verantworten. Eine ganze Reihe von Zeugen marschierte auf. Doch die Zeuenaussagen waren nicht einheitlich. Müßigs Freunde behaupteten, man habe Müßig bedroht. Er habe sich also in Verteidigung befunden. Andere Zeugen bestritten das. Müßig selbst erklärte, der Cafetier Daube habe ihn mit einem Totschläger bearbeitet. Der Kellner Krug, der von den Revolvergeschüssen Müßigs schwer verletzt wurde, sagte aus, Müßig habe ihm zwei Tritte in den Leib versetzt. Daraufhin habe er den Totschläger hinter dem Büfett her ausgeholt. Doch Daube, der Caféhausbesitzer, habe ihm den Totschläger weggenommen und damit auf Müßig eingeschlagen. Von dem, was darauf geschah, weiß er nur noch soviel, daß Müßig die Waffe auf ihn richtete und abdrückte. Daube bestätigt die Aussage des Kellners Krug, erklärt jedoch gleichzeitig, für Müßig habe keine Ursache bestanden, sich an dem Streit zu beteiligen. Verschiedene Musiker bekunden, daß Müßig schon beim Eintreten in das Café den Revolver entschert habe.

Stuttgart

Der SJV hatte zu einem Abend der „Roten Welle“ eingeladen. Die Werbung vollzog sich von Mann zu Mann, trotzdem war der große Festsaal des Gewerkschaftshauses gut besetzt. Unsere Jugend machte dem Namen „Rote Welle“ alle Ehre, sie funkte alle politischen Ereignisse in wechselvoller, interessanter Aufmachung, so daß es die Besucher an Beifall nicht fehlen ließen. Besonders hervorzuheben waren Szenen gegen die Arbeitsdienstpflicht und gegen den imperialistischen Krieg, die trefflich gelungen sind. In den Mittelpunkt der Veranstaltung wurde ein politisches Referat gestellt, das die Situation zwischen den beiden Präsidentenwahlen beleuchtete. Mit dem Sprechchor „Die Klasse über die Partei, marschiert vereint und ihr seid frei“ fand die wirkungsvolle Veranstaltung ihren Abschluß. Sie hat gezeigt, daß unser Vormarsch nicht stillsteht, und daß Jugend und SAP sich auch in Stuttgart sehr wertvoll ergänzen. Diese Veranstaltung wird ihre Früchte tragen, einige Annahmen am Schluß der Veranstaltung sind der Beweis dafür.

Duisburg

„Heinz Bissig“, der junge Mann von der „Vosti“, der nach eigenem Geständnis vor 7 Jahren noch nicht politisch organisiert sein konnte, weil er noch zu jung war, dessen Eltern aber in der KPD sein sollen, scheint ein bisschen SPD-Mann zu sein. Daß die SAP nicht existenzberechtigt sei, glaubt er nur deshalb, weil er der Vater des Gedankens ist. Aus der „leinen Episode von vor 7 Jahren, die er zum besten gibt, will er seine Schlußfolgerungen herleiten. Er weiß sicher noch nicht, daß Wilhelm Marx nicht der Kandidat der SPD, sondern des Zentrums war und daß es vor 7 Jahren viele SPD-Genossen gegeben hat, die die Parole der SPD um des Zentrums willen nicht verstanden haben. Wenn auf dem Bezirksparteitag der SAP-Niederrhein eine Entschließung angenommen wurde, die gegen die Wahl Thälmanns sprach, dann beweist das deutlich, daß in der SAP die Mitglieder ihrem Willen Ausdruck verleihen können, was in der SPD nicht der Fall ist. Oder glaubt der „Junge Bissig“, daß alle SPD-Genossen Hindenburg gewählt haben? Die große Sorge bezüglich des Ausschlusses aus der SAP ist unberechtigt.

Stralsund

Die letzte Mitgl.erversammlung der SAP nahm den Bericht des Genossen Prinz über den Bezirksparteitag in Stettin entgegen. Das Bezirksstatut fand nur in einem Punkt nicht die Billigung der Versammlung. Genosse Boy referierte über die „Reichspräsidentenwahl“

und stellte unsere Aufgaben klar heraus. Es bestand volle Einmütigkeit über die notwendig zu leistenden Arbeiten im kommenden Wahlkampf. Genosse Prinz behandelte im Anschluß die „Aufgaben des ersten Parteitag“. Die Stellungnahme des Parteivorstandes in bezug auf die Prinzipienklärung fand die Billigung. Eine weitere Diskussion des zukünftigen Parteiprogramms wird als dringend erforderlich angesehen. Den Bericht über die am 3. April hier stattfindende Unterbezirkskonferenz erstattete Genosse Spindler. Alle notwendigen Vorbereitungen sind getroffen. Die Ortsgruppe Stralsund erwartet eine recht zahlreiche Beteiligung der übrigen Ortsgruppen, Vertrauensleute und Einzelmittglieder. Ueber „Organisation — Agitation und Presse“ sprach Genosse Boy. Sehr stark setzte er sich besonders für die stärkere Verbreitung unserer Zeitungen, „SAZ“ und „Kampfsignal“ sowie der übrigen Literatur, ein. Die Genossen erklärten sich bereit, sich für die Verbreitung einzusetzen und den Verkauf zu organisieren. Jeder Genosse wird eine bestimmte Anzahl Exemplare absetzen. Genosse Boy, als Presse- und Literaturobrmann, wird die notwendigen Vorarbeiten zu einer Werbeweche für unsere Presse treffen. Die Preußenwahl muß uns dabei behilflich sein. Die Schulungs- und Bildungsabende finden einmal im Monat statt.

Die diesjährige Jugendweihe nahm wieder einen guten Verlauf. 14 Jugendweihlinge nahmen in diesem Jahre an der Feierstunde teil. Landtagsabgeordneter Kirchmann (SPD) fand echte Worte, und er spricht bei derartigen Anlässen gut sozialistisch im Gegensatz zu seinen sonstigen „Eisernen Front“-Reden. Der Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts“ wirkte auch bei dieser Feier mit und trug zum guten Gelingen bei. Mögen alle Weihlinge die Worte beherzigen, die ihnen mitgegeben wurden. Mögen sie Sozialisten werden und immer bleiben.

Bemerkungen und Nachklänge. Der erste Wahlgang der Reichspräsidentenwahl hat auch hier nicht zu dem Ergebnis geführt, welches erwartet wurde. Die KPD, welche unsere Mitarbeit abgelehnt hatte, ist nun recht bescheiden geworden. Trotzdem haben wir unsere Pflicht für den proletarischen Kandidaten getan. Auch im kommenden zweiten Wahlgang werden wir nicht anders handeln, als es unsere Ueberzeugung verlangt, nicht aber der KPD-Bürokratie zuliebe. In einem Wahlbezirk kam es zu Zusammenstößen zwischen Nazis und der „Eisernen“. Diese wurden verhaftet und kamen nun auf die Anklagebank. Dieser Prozeß vor dem Schnellrichter hat einen derartigen Umfang angenommen, daß der Richter die Sache an die Staatsanwaltschaft zurückgab, welche nun allem Anschein nach einen Landfriedensprozeß konstruieren wird. Die Verhafteten wurden freigelassen, und andere Angehörige der SPD sollen noch auf die Anklagebank gebracht werden. Nach den Vorgängen zu urteilen, nimmt die „republikanische Justiz“ wieder einmal eine eigenartige Stellung ein. Hoffentlich ziehen die SPD-Arbeiter aus diesen Vorgängen die Lehre und sehen endlich ein, daß sie sich in verkehrter Frontstellung befinden.

Schwerin

Arbeiterportkartell gegen freiwilligen Arbeitsdienst. Die letzte Sportkartellsitzung beschäftigte sich eingehend mit dem „freiwilligen Arbeitsdienst“. Es wurde alles versucht, den Jugendlichen den „freiwilligen Arbeitsdienst“ schmackhaft zu machen. In der Diskussion wies Genosse Kiel vom ARKB darauf hin, daß auch die letzte Mitgliederversammlung einstimmig beschlossen hätte, die Resolution nicht zurückzuziehen, darauf wurde folgende Resolution mit 10:4 Stimmen angenommen: Die Sportkartellsitzung

erhebt schärfsten Protest gegen den Beschluß der Zentral-Kommission in der Frage des „freiwilligen Arbeitsdienstes“.

Saalfeld

Die Wahlunruhen in Saalfeld. In dieser Gelegenheit geht uns aus Saalfeld folgende Meldung zu: Eine Frau Antonie Walter wurde am Sonntag, frühmorgens gegen 7 Uhr, von der Polizei aus dem Bette geholt. Es wurde ihr nicht einmal Zeit gelassen, sich vollständig anzuziehen. Diese Frau, welche im dritten Monat schwanger ist, wurde die Treppe hinabgestoßen, im Hausflur verlangte sie von ihrem Ehemann, er solle ihr einen Mantel reichen, um die unvollständige Kleidung zu verdecken. Bei dieser Gelegenheit wollte die Frau aus der Wasserleitung einen Schluck Wasser trinken, der Polizeibeamte schlug aber der Frau den Wassertopf aus den Händen und setzte ihr im Beisein der kleinen Kinder im Alter von 4 bis 7 Jahren die Pistole auf die Brust, riß ihr mit Gewalt die Arme kreuzweise übereinander und transportierte sie zur Wache. Diese Frau, die keiner politischen Partei angehört, gibt an, daß weder sie selbst noch ihr Ehemann an der Schlägerei oder den Zusammenrottungen beteiligt waren, sie habe nur mit ihren Kindern, wie viele andere Leute, auf dem Marktplatz gestanden und sei nach dem Vorbeimarsch der Nazis mit den Kindern nach der Breiten Straße gegangen, um zu ihren Schwiegereltern zu gelangen. Der Schuldbeweis konnte nicht erbracht werden, aber das Ergebnis lautete: zweimal drei Monate Gefängnis.

Meißen

Von allen guten Geistern verlassen zu sein scheint die Ortsgruppenleitung der „Naturfreunde“. Sie lehnt die Aufnahme von Genossen ab, die politisch zu den „Spaltern“ gehören oder mit ihnen sympathisieren. Für die Naturfreunde kommt nur die SPD in Frage, erklären sie. Bei dieser Einstellung wirkt es allerdings nicht überzeugend, wenn sie den Kommunisten die Spaltung der proletarischen Kulturorganisationen vorwerfen. Vor einigen Wochen faßte dieselbe Gruppenleitung ohne Grund einen Beschluß, wonach Mitglieder des SJV nicht Funktionäre bei den Naturfreunden sein können. Mit solcher Einstellung wird den proletarischen Klassenorganisationen ein schlechter Dienst erwiesen. Daß dieses Vorgehen nur auf Betreiben der SPD-Instanzen geschieht, beweisen die wiederholten Äußerungen von Meißner SPD-Größen.

Zwickau

Stadtverordnetensitzung. Praktische Arbeit hat das Kollegium nicht zu leisten, denn diese erledigt heute der Rat mit seinem Ober. In der Dienstagsitzung wurde ein Haushaltsplan-Notgesetz gegen die Stimmen der SAP, KPD und KPD angenommen, in welchem dem Oberbürgermeister gestattet wird, so weiter kommunalpolitisch fortzuwursteln, wie er es im vergangenen Jahre getan hat. Verschiedene Anträge von den Parteien, so Beihilfen für Minderbemittelte, Aufhebung des Beschlusses, die gehobene Fürsorge mit monatlich 5 RM. abzubauen, Aufhebung der Getränkesteuer, Instandsetzung von Bürgersteigen usw., wurden angenommen. Ob sie der allmächtige Herr Oberbürgermeister durchführen wird? Die Nazis glaubten wieder einmal, in großem Phrasenschwall den Marxismus für die heutigen Zustände verantwortlich machen zu können, und Dr. May behauptete von sich, den Marxismus besser zu kennen als die Verfechter des Marxismus. Daß sie vom Marxismus aber überhaupt nichts verstehen, beweist, daß sie das heutige Wirtschaftssystem als marxistisch bezeichnen.

Wilkau

Kommunalreaktion der Hindenburg-Nazi-Front. Die letzte Gemeindeverordnetensitzung stand unter dem Eindruck, daß die sozialdemokratische Gemeindepolitik sich in nichts mehr von der bürgerlichen Fraktion und nur ganz unwesentlich von der der Nazis unterscheidet. Alle finanzfaschistischen Maßnahmen wurden mit den Stimmen dieser ehrwürdigen Koalition unter Dach und Fach gebracht. Das kam schon beim ersten Tagesordnungspunkt, dem 2. Nachtrag zur Ortsschulordnung zum Ausdruck. Mit der Herabsetzung der Stundenzahl, mit der Ueberfüllung der Klassen, mit der Streichung des wahlfreien Unterrichts wird die Volksschule immer offener zum Klasseninstrument der Reaktion gemacht. Unser Genosse Schneider protestierte auf das Entschiedenste gegen diese Verbrechen an der proletarischen Jugend. Bemerkenswert ist, daß der Nazi alle diese Maßnahmen der Kulturreaktion begrüßte und sich in jeder Beziehung für den kapitalistischen Ausweg der Streichungen, wie nicht anders zu erwarten, einsetzte. Mit den Stimmen der Nazis, der Bürgerlichen und der SPD (!) wurden auch diese volksfeindlichen Maßnahmen beschlossen. Der neue Haushaltplan trotzt von Abstrichen in allen kulturellen und Wohlfahrtsdispositionen. Genosse Schneider (SAP) übte heftige Kritik am gesamten Etat und begründete Anträge unserer Fraktion auf freien Eintritt aller Unterstützungsempfänger im Herbstbad, die Neueinstellung einer Gemeindepflegerin u.s.f. Der ganze Etat wurde unter Ablehnung aller Anträge von links mit den Stimmen der Hindenburgfront angenommen, alle Abstriche, Beförderungen und alle arbeiterfeindlichen Positionen wurden toleriert.

Durch Verhebung einer Zeile ging im Bericht über die Jugendweihe vom Mittwoch der Zusammenhang verloren. Es muß heißen: „... an diesem Zusammenhang verdient das Benehmen des Herrn Lehrei Wiemann als mehr denn merkwürdig bezeichnet zu werden. Auf den Besuch linker Arbeiter und SJV-Genossen im Volkshochschulheim scheint er keinen großen Wert mehr zu legen.“

Immer noch mehr Arbeitslose!

Der Arbeitsmarkt in Sachsen

Die Hoffnung, daß Anfang März der winterliche Höchststand der Arbeitslosigkeit in Sachsen nicht überschritten werden würde, hat sich nicht erfüllt. Verschiedene ungünstige Einflüsse wirkten noch auf den Arbeitsmarkt ein. Das anhaltende Frostwetter hemmte die Einstellungen in den Außenberufen. Die unsicheren innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland verhinderten den Eingang von Auslandsaufträgen in den Produktions- und Verbrauchsgüterindustrien. Schließlich lasteten die Zollmauern der Absatzländer mit unverminderter Stärke auf bestimmten für Sachsen sehr wichtigen Industriezweigen. Aus allen diesen Gründen ist die Zahl der Arbeitsuchenden von Ende Februar bis Mitte März noch um rund 3500 auf 725 396 angestiegen. Von der Steigerung wurde der männliche und weibliche Arbeitsmarkt fast in gleicher Weise betroffen.

Wenn auch verschiedentlich Saisonbeginn, Messeaufträge und Reichsbahnaufträge leichte Belebungerscheinungen auf dem Arbeitsmarkt einiger Betriebszweige hervorriefen, beispielsweise im Bekleidungs- und Holzgewerbe, in der Holzindustrie und in der Industrie der Steine und Erden, so überwiegen doch im ganzen die Entlassungen von Arbeitskräften über die Abgänge in Arbeit. Vor allem sind wieder die Berufsgruppen der Textil- und Metallindustrie, der kaufmännischen Angestellten und des Verkehrsgewerbes an der Neubelastung des Arbeitsmarktes während der Berichtszeit beteiligt.

In der Bewegung der Hauptunterstützungsempfänger ist in der Arbeitslosenversicherung ein weiterer Rückgang von 185 735 am 29. Februar auf 176 564 am 15. März eingetreten, der vorwiegend auf Aussteuerungen beruhen dürfte. Durch fortschreitende Überführungen in die Krisenunterstützung vollzog sich dort eine Zunahme der Hauptunterstützungsempfänger

Ein Sechser, Genosse!

Willst du ihn für eine Zigarette ausgeben oder für einen Hieb gegen deinen Todfeind, den Faschismus?

Gib ihn für die Sammelliste der SAP!

während der Berichtszeit von 181 177 auf 184 324, so daß nunmehr die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung wieder beachtlich über dem Stande der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung liegt.

Planitz

Der SJV veranstaltet Ostern eine 2tägige Wanderung. Alle Schulentlassene, die Lust haben mitzufahren, wollen sich bis Sonnabend bei Herrn K. Reinhold melden.

Sonntagsverkaufszeiten. In der Zeit vom 1. April bis 30. September können in unserer Stadt an Sonn- und Feiertagen frisches Fleisch, Gemüse, Obst und Fisch von 7 bis 9 Uhr verkauft werden. Am zweiten Oster- und Pfingstfeiertag ist nur der Verkauf von Rohreis (7—9 Uhr) und Milch (7 bis 12 Uhr) gestattet.

Operettenabend der Arbeiter-Samariter-Kolonie. Der dramatische Verein „Volksspielkunst“ hatte sich für Palmsonntag den Planitzer Arbeiter-Samariter dankenswerterweise zur Verfügung gestellt. Gespielt wurde die Operette „Wunderlied“. Eingeleitet wurde der Abend durch vier Musikstücke, die von den Anwesenden mit starkem Beifall aufgenommen wurden. Besonderen Beifall erntete ein vielleicht zwölfjähriger Knabe mit zwei Violinsoli. An sich, und das muß vom proletarischen Standpunkt aus gesagt werden, ist diese Operette großer Kitsch. Das übliche Couris-Mahler-Thema vom reichen Grafen, der ein einfaches Mädchen liebt, bis sich herausstellt, daß dieses ebenfalls gräflicher Abstammung ist. Es wäre wünschenswert, daß man sich nach besseren Sachen umsehen würde.

Niederhaßlau

Unsere letzte Mitgliederversammlung erfreute sich eines guten Besuches. Gen. Baumann behandelte in längerer Ausführung die Prinzipienklärung des Parteivorstandes. Bei der Abstimmung über die Prinzipienklärung ergab sich Einmütigkeit für die Annahme. Anschließend gab Genosse Heinrich einen kurzen Bericht vom Organisationsstatut des Parteibezirkes Zwickau. Bezüglich der Malfreier schließen wir uns dem Beschluß des Unterbezirks Zwickau an. Es konnte mit Befriedigung festgestellt werden, daß trotz schwerster Wirtschaftskrise SAZ und Kurier in großer Anzahl abonniert werden. Beschlossen wurde noch, die nächste Mitgliederversammlung am 9. April im Gasthaus „Zur Blume“ abzuhalten.

Nächtliche Besichtigung. Seit vierzehn Tagen etwa wird die Unfallstation von nächtlichen Besuchern beglückt. Es macht sich notwendig, darauf hinzuweisen, daß in der Badeanstalt der Unfallstation die Doppelschicht noch nicht eingeführt ist. Wer es ehrlich mit den Arbeiter-Samaritern oder deren Einrichtung meint, hat bei Tage genügend Zeit, sich Aufklärung und Rat zu holen. Oder bezwecken die lichtscheuen Gestalten etwas anderes?

Die Aufgaben der SAP

Von Maria Sevenich, Frankfurt a. M.

Auch dieser Artikel ist ein Diskussionsbeitrag der SAP.

Die bis jetzt in der Parteidiskussion am wenigsten geklärten Fragen sind offensichtlich diejenigen, die das Wesen und die Rolle der Partei betreffen, und zwar die sowohl der revolutionären proletarischen Partei im allgemeinen, als vor allem die der SAP im besonderen. Ja, die Frage nach der Genesis der SAP scheint als Problem von grundlegender Bedeutung weder von der Partei im ganzen, noch von den die Programmdiskussion mit besonderer Anteilnahme führenden Genossen überhaupt gesehen zu werden.

In den vorliegenden Programmentwürfen, Diskussionsbeiträgen, und zuletzt auch in der vom Hauptvorstand beschlossenen Prinzipien-Erklärung, wird ein in seiner Wesenheit mehr oder weniger bestimmtes organisatorisches Gebilde stillschweigend als „die Partei“ vorausgesetzt. Ohne jeden Versuch einer Analyse der eigenen Existenz wird aus diesem vorausgesetzten Wesen heraus, gleichsam „aus dem Fenster sehend“ in eigener politischer (sogar soziologischer) „Raum“ entdeckt, werden die Aufgaben der Partei entwickelt. Dieses sozusagen subjektive Verfahren ist offenbar falsch, denn — anspruchsvoll und vorurteilbehaftet wie jede subjektive Betrachtungsweise — muß es die (äußerste Objektivität fordernde) Herausarbeitung der spezifischen historischen Funktion der SAP (dessen, was sie „soll“) ungemein erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Diese Aufgabe kann befriedigend nur gelöst werden, wenn wir uns zunächst aus der Partei heraus, gewissermaßen auf den überparteilichen Klassenboden begeben, d. h. die Klasse zum Subjekt der Betrachtung machen, und von diesem Standpunkt her die Existenz der Partei begründen, ihr Wesen analysieren, genau wie alle objektiven Sachverhalte der Klassenkampfsituation. Erst, wenn wir auf diesem Wege Klarheit darüber gewonnen haben, was die SAP „ist“, können wir uns darüber klar werden, was sie „soll“, können wir fruchtbar über Programme, Prinzipien-erklärungen und Aufgaben diskutieren.

Vergegenwärtigen wir uns kurz: Wie sieht denn für einen außenstehenden oberflächlichen Beobachter die Entstehungsgeschichte der Partei aus? Der Ausschluß einiger führender „Linker“ aus der Sozialdemokratischen Partei hat zur Folge, daß einige Zehntausende Gesinnungsgenossen sich mit ihnen solidarisierten, selber auch die Partei verlassen und mit ihnen zusammen eine neue gründen, selbstverständlich eine bessere (d. h. eine, die die Fehler der alten nicht haben soll). D. h. die neue Partei war anscheinend zuerst das Produkt einer Reflexwirkung der alten Partei, des politischen Lebenswillens der ausgeschlossenen linken Führer („der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe“), und der Anhänglichkeit einer großen Anzahl von politischen Freunden. Eine solche Betrachtungsweise führt dann — gleicherweise bei bürgerlichen Journalisten wie Komintern-Bürokraten — zu dem Begriff der „Seydewitz-Gruppe“.

Und wie malt sich derselbe Vorgang in den Köpfen zahlreicher guter Genossen? Nun, nicht sehr viel komplizierter: Die SAP ist die von der Sozialdemokratie abgespaltene „alte Linke“, die nun zur selbständigen Partei gewordene ehemalige Richtung Levy, oder Seydewitz, oder Rosenfeld, oder Ziegler, oder Portune, oder wie man sonst will.

Uebedenklich kann man einen gewissen historischen und persönlichen Zusammenhang zwischen der SAP und der alten Linke in der SPD zugeben; man muß sich nur von vornherein darüber klar sein, daß der Begriff „alte Linke“ im ganzen doch recht unbestimmt ist, insbesondere, was die große Masse der ihr zuzurechnenden Genossen betrifft. Mehr oder weniger eindeutig bestimmbar war doch höchstens der Kreis der hinter dem „Klassenkampf“, der „Fackel“ und den „Roten Büchern“ stehenden Genossen und breitere Schichten bei den Jungsozialisten. Alle diese Genossen verband die Gemeinsamkeit einer gewissen „linken Ideologie“, für die doch charakteristisch war, daß sie die Zugehörigkeit zur SPD nicht ausschloß. Und eine ganze Anzahl dieses Kreises haben den Schritt aus der Partei heraus bekanntlich nicht mitgemacht.

Es war also offensichtlich nicht jene linke Ideologie, die den Bruch mit der SPD unvermeidlich machte.

Dies beweist besonders deutlich auch die politische Entwicklung von uns allen seit der Gründung der SAP. Rückschauend können wir heute unsere damalige „Linkheit“ in ihrer Relativität einschätzen. Es ist deutlich: Wir sind nicht bloß nicht mit einem fertigen Programm, wir sind als „Partei“ durchaus nicht mit klaren Vorstellungen über uns selber auf die Welt gekommen. Um zur Erkenntnis über die Genesis der SAP zu kommen, müssen wir offenbar einen anderen Weg einschlagen: Die marxistische Methode setzt bei gesellschaftlichen Massenerscheinungen, bei den Bedingungen des Klassenkampfes und ihren Veränderungen ein.

Wir sehen in der letzten Periode eine unerhörte Verschärfung der Klassegegensätze und eine entsprechende Radikalisierung sämtlicher Bevölkerungsklassen. Der Faschisierung der bürgerlichen Klassen steht die Tendenz der Entwicklung des Proletariats vom Reformismus und Sozialdemokratismus zum revolutionären Klassenkampf, zum Kommunismus, gegenüber. Tausende sozialdemokratischer Parteigenossen sind zur KPD gegangen, hunderte tausende ehemals sozialdemokratischer Wähler wählen heute Kommunisten. Waren diese Übergänge trotz ihrer Massenhaftigkeit im wesentlichen doch nur isolierte Einzelercheinungen, so führte im Gegensatz dazu das Vorgehen des Parteivorstandes gegen

Seydewitz und Genossen zur Abspaltung eines kompakten Blockes. Der Schritt des Parteivorstandes kann dabei zweifellos nur als auslösendes Moment gewertet werden. Eine verhältnismäßig kleine Anzahl von Genossen ging zur KPD, wie wir wissen, mit z. T. sehr starken inneren Bedenken. Die große Masse aber blieb gewissermaßen auf freier Strecke stehen, organisierte sich als selbständige Einheit.

Und an dieser Stelle erhebt sich nun die entscheidende Frage: Besteht zwischen jenen massenhaften Einzelbewegungen von der reformistischen Ideologie zum revolutionären Bewußtsein und zur revolutionären Massenpartei und unserer Abspaltung als kompakte Einheit ein qualitativer Unterschied? War unser „Sprung“ infolge unserer besonderen Konstitution vielleicht nur „zu kurz“, liegt es an einem Mangel persönlicher Kühnheit oder revolutionärer Reife unserer Genossen, daß sie es nicht bis zur Kommunistischen Partei „schafften“? Nun, wir haben bereits gesehen, daß auch Genossen, die es schafften, es nur nach Ueberwindung starker Bedenken geschafft hatten. Diese Bedenken aber kennen wir; sie sind identisch mit denen, die es uns unmöglich machen, zur KPD zu gehen; es sind

Bedenken nicht gegen den Kommunismus, sondern gegen die kommunistische Partei.

Auch bei der Abspaltung des kompakten Blockes, die sich uns als Ausgangspunkt der SAP darstellt, handelt es sich um einen Ausdruck jener Massenerscheinung der Radikalisierung der Arbeiterklasse während der Periode der Faschisierung, des Bruches bester proletarischer Elemente mit der sozialdemokratisch-reformistischen Ideologie und ihrer Hinwendung zum revolutionären Klassenkampf, zum Kommunismus. Die Maßnahmen des sozialdemokratischen Parteivorstandes gegen unsere Fraktion waren nichts Zufälliges; sie waren Ausdruck der Tatsache, daß die Spannung zwischen sozialdemokratischer Politik und proletarischem Klasseninteresse

so groß geworden war, daß das organisatorische Band zwischen der Partei und der Vorhut der sich radikalisierenden und revolutionierten Massen zerreißen mußte.

Den Weg zur KPD hat diese selbst den klassenbewußten organisierten Arbeitern durch ihre Politik der Zugeständnisse an klassenfremde und klassenfeindliche Ideologien und Massenstimmungen verbaut. Im Mittelpunkt des politischen Bewußtseins der entscheidenden proletarischen Schichten steht das Bewußtsein von der Notwendigkeit der Klassenaktion. Die KPD aber glaubt, die Klassenaktion durch die Parteiaktion ersetzen zu können. Sie negiert das Prinzip der proletarischen Demokratie in der Klassenpolitik, wie sie in ihrer innerparteilichen Politik den demokratischen Zentralismus durch den bürokratischen Zentralismus ersetzt hat. Sie stellt sich damit heraus aus dem lebendigen Strom des politischen Bewußtseins und Willens der Klasse, stellt sich ihm entgegen, und macht sich unfähig, die Einsichten, Eigenwilligkeiten und Energien der Klasse zu erfassen und für die revolutionäre Politik nutzbar zu machen. Damit aber

hebt sich die KPD als „die kommunistische Klassenpartei“ überhaupt auf,

versetzt das deutsche Proletariat in die Notwendigkeit, sich — in den sich bereits entwickelnden Entscheidungskämpfen — seine kommunistische Klassenpartei erst zu schaffen. Denn nur unter ihrer Führung kann es die Macht erobern und behaupten — und es gibt nur eine kommunistische Partei.

Andererseits: Die Ueberwindung der reformistischen Ideologie im Proletariat setzt zugleich die Liquidierung ihrer Träger, der sozialdemokratischen und halbsozialdemokratischen Parteien, voraus.

Organisationenachrichten

SAP

Ortsgruppe Reichelsdorf: Sammellisten sind nicht anzuferigen. Gastkarten zum Parteitag bei Genossen Sperling abzuholen.

Ortsgruppe Trappow: Mittwoch, 30. März, 20 Uhr, Mitgliederversammlung Lokal Schillerstraße, Oberschönauweide, Schillerpromenade. Vorstände 19 Uhr.

Ortsgruppe Tiergarten: Sonntag, 27. März, Zeitungsaktion. Ausgabe der Zeitungen 9.30 bis 10.30 Uhr, Parkrestaurant, Turmstraße 18.

Ortsgruppe Lichtenberg: Bildungskursus Paul Frölich: „Geschichte der proletarischen Parteien“ beginnt Donnerstag, 31. März, 19.30 Uhr, bei Rossky, Gärtelstr. 28.

SJV

Heute, Freitag, 25. März 1932:

Schönbauer Viertel „Paul Levi“ Treffpunkt zur Osterfahrt in die Kuppener Schweiz um 6.30 Uhr, Bahnhof Gesundbrunnen, Eingang Badstraße.

Pankow: Genossen, die in Besitz eines Fahrrades sind, treffen sich 9 Uhr im Heim. Ab 18 Uhr Heimbard.

Abgeschlossen wird dieser Prozeß allerdings erst in der proletarischen Revolution. — Die differenzierten Strömungen des Bewußtseins und Willens der herrschenden proletarischen Klasse können sich nur in den „Fraktionen“ ihrer einheitlichen Partei widerspiegeln und auswirken.

Da die gesellschaftlichen Widersprüche zu einer Höhe entwickelt sind, die den Kampf um die Macht unmittelbar auf die Tagesordnung stellt, ist

die Herausbildung der einen einheitlichen kommunistischen Klassenpartei die dringendste Aufgabe.

Sie setzt die Emanzipierung der Arbeiterklasse von den alten entarteten Parteiparaten voraus. Und eben hier setzt die spezifische historische Funktion der SAP ein. Das Proletariat braucht nicht eine „dritte Partei“, die mit den beiden historischen Parteien um Wahlstimmen und Mitglieder in Konkurrenz tritt; es kommt vielmehr darauf an, daß es seinen Eigenwillen und sein Selbstvertrauen gegenüber den verschiedenen Apparaten zurückgewinnt. Sie kann dies nur, wenn sie trotz und gegen die Sabotage der Apparate von diesen unabhängige, aktionsfähige Organe zu schaffen und Klassenaktionen zu entfalten vermag. Dazu braucht sie aber eine organisierte, die Zusammenhänge klar erkennende Vorhut, die sich der Notwendigkeit der Herausbildung der Partei bewußt ist, in die sie am Ende selber aufzugehen hat.

Diese Vorhut kann die SAP sein.

Dazu braucht sie nicht ein auf lange Sicht gestelltes gerechtes Parteiprogramm, sondern ein Aktionsprogramm, das die Grundlage abgeben kann für die Mobilisierung der Klasse, für den Kampf um die einheitliche kommunistische Klassenpartei.

Ein solches Aktionsprogramm braucht nicht eine ausführliche spezialisierte Aufstellung von wirtschaftlichen und politischen Tagesforderungen zu enthalten. Es muß geben: Eine allgemeine Darstellung der Klassenkampfsituation und der konkreten Bedingungen, eine Analyse des Standes und der Entwicklungstendenzen der Klassenkräfte, eine Beleuchtung derjenigen geschichtlichen Vorgänge, die für das Verständnis der gegenwärtigen Situation und die Herausarbeitung einer entprechenden Politik unentbehrlich sind. Vor allem aber muß es sich auseinandersetzen mit den verschiedenen Strömungen im Proletariat und den letzten Grundlagen der Politik und des Versagens der proletarischen Massenparteien.

Deshalb erscheint uns der Weg, der mit der Prinzipien-Erklärung beschriftet wird, falsch zu sein. Die Annahme einer zu nichts verpflichtenden so allgemein gehaltenen Prinzipien-Erklärung gibt der SAP keineswegs ein klares politisches Gesicht, und kann dies umso weniger, als sie nicht von vornherein mit einem dazugehörigen Aktionsprogramm verbunden ist. (Das zur Prinzipienklärung gehörende Aktionsprogramm wird vom Parteivorstand dem Parteitag vorgelegt werden! d. R.) Jedes längere Zögern, uns über Wesen und Rolle der SAP klar zu werden, muß uns in Mißverständnisse, auf Um- und Abwege führen, bedeutet, daß uns viel kostbare Zeit verloren geht. Wir können keinen Tag Politik machen, ohne uns über das besondere Wesen des faschistischen Staatesystems, über die aktuelle Rolle der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, über die zwangsläufig falsche Politik der deutschen Sektion der Komintern klar zu sein. Alle diese Fragen müssen im Aktionsprogramm beantwortet werden, und deshalb ist auch ein bloßes Aktionsprogramm ein höchwichtiges politisches Dokument, eins, das wir, da wir die Annahme eines „regelrechten“ Parteiprogramms nicht nur wegen der bisher mangelhaft durchgeführten Diskussion, sondern aus prinzipiellen Erwägungen vermeiden sehen möchten, als eine untrennbare organische Einheit von „Prinzipien“, Analyse, Aufgaben und Lösungen wünschen möchten.

Mitteilungen der BL:

Mittwoch, 30. März, 19.30 Uhr, Sitzung der Gruppenobleute und der Aktivgruppenleiter im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34. Alle Gruppen und Aktivgruppen müssen vertreten sein. Thema: „Richtlinien für Aktivgruppenarbeit“.

Treffpunkt für den Parteitag: Pünktlich 9 Uhr früh „Klassen-Festhalle“, Hasenheide 13/15. Alle Fahnen und Transparente mitbringen.

SJV Plassen: Fahrt nach Possack Sonnabend, 26. März. Treffen 17 Uhr Westbahnhof. — 30. März Rote-Rotter-Probe. — 31. März Vortrag von Gen. Hecker: „Warum Räterepublik?“

Arbeiterradfahrer Niederhessen: Sonnabend, 26. März, 20 Uhr, im Volkshaus Mitgliederversammlung.

SAP Köpenick/Pr.: Freitag, 1. April, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Krupkat, Königstraße 69 pt.

SJV Köpenick/Pr.: Mitgliederversammlung Freitag, 1. April 19.30 Uhr bei Krupkat, Königstr. 69 pt. r.

SAP Unterbezirk Vorpommern: Sonntag, 3. April, 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Stralsund Unterbezirkskonferenz. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein. Gäste erwünscht.

Freie Turnerschaft Elm-Nord: Ostertour 2 Tage. Treffpunkt 1. Feiertag, 6.30 Uhr, Glasburgplatz, Abfahrt ab Ridelheim, 8 Uhr, Sonntagkarte Cronberg (60 Pf.). Musik und Liederbücher mitbringen.

Brolat geht

Brolat hat die nach seinem mehr als blamablen Auftreten im Sklarek-Prozeß einzig möglichen Konsequenzen gezogen und sich als Direktor der Berliner Verkehrs-Gesellschaft beurlauben lassen. In einem Schreiben an den Bürgermeister Dr. Elsas beteuert er zwar noch einmal seine Unschuld, meint aber, daß bis zur endgültigen Klärung er der Gesellschaft bessere Dienste erweise, wenn er einen Urlaub antrete...

Der „Vorwärts“ druckt Brolats Schreiben bezeichnenderweise ohne Kommentar ab, während die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ Brolat als ein Opfer der Sklareks bezeichnet. Richtiger wäre es wohl, die SPD als ein Opfer Brolats zu bezeichnen.

Vergleich bei Scherl

Der bei der Firma Scherl entstandene Lohnkonflikt ist durch einen Vergleichsvorschlag, der in geheimer Abstimmung angenommen wurde, beigelegt worden. Der Vorschlag sieht vor, daß bei Verdiensten, die nicht höher als 5 M. über Tariflohn liegen, kein Abzug erfolgt. Die übertariflichen Verdienste von 5 bis 10 M. werden um 50 Pf. bzw. 1 M. pro Woche gekürzt, die mehr als 10 M. betragenden übertariflichen Verdienste um 12½ Proz. Der Gesamtanzug darf im Höchsthöhe jedoch nicht mehr als 3,75 M. pro Woche betragen. Er wird zum erstenmal am 1. April vorgenommen, und zwar zunächst nur bis zum Höchstbetrage von 2 M. Nach drei Wochen darf erst der Abzug in voller Höhe erfolgen.

Damit gilt auch der im gesamten Berliner Buchdruckgewerbe entstandene Lohnkonflikt als beigelegt.

Der Vergleichsvorschlag zeigt zwar gegenüber dem ursprünglichen ein bemerkenswerte Verbesserungen, doch kann und darf dies nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß er auf eine neue Lohnverschlechterung im Buchdruckgewerbe hinausläuft. Es ist einfach unmöglich, daß die Arbeiterschaft auf die Dauer wirklichen Kämpfen ausweichen kann. Jeder Erfolg der Unternehmer bestärkt diese in ihrer Politik des Lohnabbaus.

Die neueste Bankpleite

Berlin, 24. März 1932.

Wie WTB-Handelsdienst erfährt, hat die zum Michael-Konzern gehörende Industrie- und Privatbank gestern ihre Zahlungen eingestellt und das gerichtliche Vergleichsverfahren beantragt. Die Börsenengagements des Unternehmens sollen dem Vernehmen nach nicht sehr umfangreich sein. Vor einigen Tagen hat die Bank bereits die Börsenkarten dem Vorstand der Berliner Börse zurückgegeben.

Hamburger Bürgerschaft aufgelöst

Hamburg, 24. März 1932.

Nach teilweise außerordentlich hitziger Debatte in der Bürgerschaft wurde gestern der nationalsozialistische Auflösungsantrag mit den Stimmen aller anwesenden 148 Abgeordneten angenommen. Der weitere Zusatzantrag der Nationalsozialisten, die Neuwahl auf den 8. Mai festzusetzen, wurde, da die erforderliche Dreiviertelmehrheit nicht erreicht wurde, abgelehnt. Danach bleibt es also verfassungsmäßig dem Senat überlassen, den Wahltermin festzusetzen, und es ist anzunehmen, daß der Senat die Wahlen, ebenso wie es bei anderen Länderparlamenten geschehen ist, auf den 24. April festsetzen wird.

Braunschweig

Braunschweig, 24. März 1932.

Minister Klagges hat sich, wie die „Berliner Abendpost“ meldet, heute mittag dahin entschieden, daß die für Ostersonntag vorgesehene Stadthallenkundgebung unter allen Umständen stattfindet. Der Kartenvorverkauf wird fortgesetzt. Außerdem versendet die Nationalsozialistische Partei besondere Einladungen. Zur Erklärung wird gesagt, die Parteileitung verlange, daß Klagges gegenüber dem Reich nicht nachgibt.

Der Triumph des „Vorwärts“, der unter der Überschrift „Klagges gibt klein bei“ die Nachricht von einem Rückzug des braunschweigischen Innenministers verzeichnet hatte, war also verfrüht. Nazi-Regierungsmänner pflegen durchaus nicht die Kapitulationstaktik sozialdemokratischer Koalitionsminister zu befolgen!

Extrawurst für Hitler

Hamburg, 24. März 1932.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP meldet, daß die Staatsanwaltschaft Hamburg dem Rechtsbeistand Adolf Hitlers mitgeteilt habe, daß sie dem Strafantrag des Führers der NSDAP wegen „Herabwürdigung seiner Frontsoldatenehre“ stattgegeben habe. Es werde auch in sämtlichen Fällen, in denen in gleicher oder ähnlicher Weise, wie dies vom „Hamburger Echo“ geschehen sei, die Tätigkeit Adolf Hitlers als Frontsoldat verächtlich gemacht worden sei, mit Verleumdungsklage vorgegangen werden.

Dieses Eintreten der Staatsanwaltschaft für Adolf Hitlers „Ehre“ ist mehr als bezeichnend.

Jeder andere Frontsoldat, der seine „Frontsoldatenehre“ angegriffen glaubt und nicht Offizier war — wird auf den Weg der Privat-Beleidigungsklage verwiesen. In all diesen Fällen liegt kein „öffentliches Interesse“ vor.

Adolf Hitlers Ehre wird von der Staatsanwaltschaft gesetzlich geschützt!

Es fehlte nur noch eins: daß die deutschen Staatsanwälte auf ihrem Bauch noch einige Meter rutschen und gegen jeden, der den zukünftigen „Duce“ beleidigt, eine Klage wegen Gotteslästerung laufen lassen. Lacht nicht! Bei Gott und einer republikanischen Justiz ist kein Ding unmöglich. Wenn man in Deutschland einmal eine gut dressierte Bürgerkriegsarmee hinter sich hat, und wenn man ferner genau weiß, daß niemand etwas gegen sie unternehmen wird, selbst wenn jemand etwas dagegen könnte — und wenn man dann so einige Jahre in den wildesten Tönen mit dem Sturz des bestehenden fluchwürdigen Systems gedroht hat — dann ist man vor der deutschen Justiz reif zu besonders ausgesuchter Hochachtung!

Nazi-Klage vor dem Staatsgerichtshof

Leipzig, 24. März 1932.

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich verhandelte am Donnerstag in der verfassungsgerechten Streitsache Hitlers und der Nationalsozialistischen Partei, den Freistaat Preußen und den preußischen Innenminister Dr. Severing. Die Klage erstrebt die Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Polizeiaktion Severings.

Wie der Vorsitzende, Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke, zu Beginn der Verhandlung betonte, erstreckte sich diese lediglich auf den Antrag einer einstweiligen Verfügung. Es handle sich bei der Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof nicht darum, die Dinge in ihrer politischen Bedeutung zu betrachten, sondern um eine Rechts- und Verfassungsfrage.

Im Laufe der Verhandlung, die am Donnerstag resultatlos auslief, stützte sich der preußische Vertreter

auf einen Brief Groeners,

worin der Innenwehrminister des Reichs den preußischen Innenminister auf „besorgniserregende Vorgänge“ in der SA hingewiesen haben soll; Groener habe hier von der Möglichkeit eines „bewaffneten Handstreiches“ der SA gesprochen.

Die Nazis und der Rundfunk

München, 24. März 1932.

Hitler veröffentlicht ein Protesttelegramm wegen der Verbote nationalsozialistischer Blätter, die von den verschiedensten Länderregierungen erlassen worden sind und sich auf insgesamt 25 belaufen sollen. Das Telegramm ist an den Reichsinnenminister Groener gerichtet.

Gleichzeitig hat Rechtsanwalt Frank II (München) als Rechtsvertreter der NSDAP und ihres Führers Klage beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich erhoben wegen eines Verbots des Reichsinnenministeriums, durch das sämtliche deutschen Sendegesellschaften untersagt wird, Adolf Hitler den Rundfunk zur Verfügung zu stellen.

Pommerns Etat abgelehnt

Stettin, 24. März 1932.

Im Provinziallandtag wurde nach ausgedehnter Aussprache, bei der Redner aller Parteien zu Worte kamen, und die den ganzen Nachmittag in Anspruch nahm, der Gesamtetat der Provinz in namentlicher Abstimmung mit 37 Stimmen der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten und Kommunisten gegen 36 Stimmen der Sozialdemokraten und der Arbeitsgemeinschaft der Mitte abgelehnt.

Zur Preußenwahl

Nachdem ein Wahlkreis, Breslau, für die Liste der SAP bereits die notwendigen 500 Stimmen aufgebracht hat, sind für die Listen der anderen Wahlkreise nur noch je 20 Stimmen notwendig. Wir bitten unsere Genossen, dies im Anschluß an unsere Mitteilungen in der Nummer vom 22. März zu beachten.

Böhmische Bergarbeiter streiken

Brüx, 24. März 1932.

Die gestern auf dem Humboldt-Schacht der Nordböhmischen Kohlenwerksgesellschaft ausgesprochenen Massenkündigungen von Bergarbeitern haben heute zum Ausbruch eines Streiks auf dieser Grube geführt, dem sich bis zur Nachmittagschicht vier andere Gruben der Gesellschaft anschlossen. Es streiken insgesamt 2540 Mann; die streikenden Bergarbeiter haben auch die Sicherheits- und Erhaltungsmannschaften zurückgezogen. Durch Vermittlung von Abgeordneten wurden Verhandlungen eingeleitet. Die gestern ausgesprochenen Kündigungen wurden bis 1. April zurückgezogen. Die befristete Zurücknahme hat vorerst die Streikstimmung nicht abgeschwächt.

Revolutionäre dürfen nicht nach England

London, 24. März 1932.

Ein Arbeiterabgeordneter beklagte sich im Unterhaus darüber, daß den beiden Kommunisten Barbusse und Müzenberg die Einreise nach England zur Teilnahme an der Internationalen Arbeiterhilfe-Tagung verboten worden sei. Der Innenminister Sir Herbert Samuel erwiderte,

der englische Staat müsse sich vor der kommunistischen Propaganda schützen,

die in letzter Zeit sogar das Militär und die Marine zur Ungehorsamkeit aufreize. Alle Nationen müßten sich gegen den Kommunismus schützen, zumal es sich um keine in den einzelnen Ländern entstandene und spontane Bewegung handle. Der Kommunismus sei von anderer Seite eingeführt worden und werde auch durch die Unterstützung von dort aufrecht erhalten.

Leichenverwertung

Aus der Werkstatt des Kapitals

Daß der Kapitalismus über Leichen geht, wer wüßte es nicht? Daß er es auch versteht, und sehr gut versteht, „Kadaver zu verwerten“, wem wäre es unbekannt? Krieg — das ist ihm nur ein Geschäft, wie ein anderes. Von der unübertreffbaren Kalkulationsfähigkeit der Kapitalisten kann ein besonderes Stück Léon Blum in einer Studie über Kreuger berichten. Die Spekulation, die zu einem Teil an dem Selbstmord des Zündholzkönigs schuld ist, hat auch sofort den noch warmen Leichnam für ihre Zwecke ausgewertet.

„Der Selbstmord Kreugers ist zwei Stunden lang verheimlicht worden, damit einige Eingeweihte eine Baisse Spekulation auf dem Markt von New York durchführen konnten.“

Weiten, daß die Spekulant zu den ganz ehrwürdigen „ehrbaren Kaufleuten“ gehören, Sonntags in die Kirche gehen (die Börse ist ja doch geschlossen) und über die Begehrlichkeit der Massen jammern?

TARASSOFF-RODIONOFF SCHOKOLADE

Nach dem russischen Original ungekürzt und ohne Änderungen übersetzt von Alexandra Ramm. Copyright by Franz Pfemfert, Berlin-Wilmersdorf.

8. Fortsetzung

Sudin aß hastig, ohne die Frau anzublicken. Nach der Suppe nahm er sich etwas Brei ohne Butter und Salz, stand auf und öffnete die Tür zur Küche. Dort fand er auf dem Tisch die Teekanne aus Porzellan mit zerbrochener Nase und der bläulichen Aufschrift „Grand Hotel“; er trank aus ihr wenige Schlucke des lauwarmer dünnen Tees, und den Mund sich abtrocknend, streifte er mit dem Blick die herumwimmelnden Schaben. Ohne die Frau anzusehen, nahm er in Gedanken den Mantel vom Haken und eilte hinaus.

Erst jetzt fiel ihm auf, daß es nicht mehr schneite und daß Dämmerung ward. Irgendwo grinsten bereits vereinzelte Lichter.

Die Laterne zerschnitt die dunkelnden Straßen, der springende Motor wiegte den Wagen. Sudin wollte, um seine Gedanken abzulenken, den Rauch der Zigarette genießen. Doch irgendein böser, dumpfer Aerger saß ihm im Herzen. Irgendwo war etwas falsch. Wo und was es war, das wußte er selbst nicht.

In der Tat: jemand gab den Kindern Schokolade; freut er sich nicht für sie irgendwo? Wie leuchteten ihre Gesichter, ihre Augen begeistert! Die Frau bekam ein Paar Strümpfe geschenkt von der Freundin.

„Ich würde dies nicht annehmen“, dachte Sudin, „aber sie?“

Wieviel lange qualvolle Jahre lebten, kämpften sie in Armut: arbeitslos, illegal, in Sibirien? Wieviel Unglück und Sorgen litten sie im harten Kampf um des Arbeiters Zukunft. War nicht Lisa, seine teure Frau, ihm stets eine treue und sichere Stütze, eine lautere duldsame Freundin? Wenn sie jetzt der Versuchung nicht standhielt und das Geschenk der Freundin annahm, diesen Tand, der die Weiber so tröstet... alle Weiber sind gleich — ging es ihm durch den Sinn —, weshalb hat er sie so schroff behandelt? Und er wollte doch immer nur gut zu ihr sein — verhöhnt er sich selbst.

Er erinnerte sich, wie Lisa errötend zurücktritt, verschämt den Saum ihres Kleides erhebt, kokett ihr Geschenk zeigt...

„Wie die sich nur tut: möchte wohl auch mit dem proletarischen Fuß in französische Schuh“, dachte er, schon weniger böse.

Aber die proletarische Marke hat sie doch nicht durchhalten können: kaum winkte man ihr mit einem seidnen Strumpf, da fiel sie schon um. Die Weiber scheinen alle nach einem Muster gemacht.

An seiner Seele kratzte wieder der Zorn, er sieht, wie die Frau den knisternden Strumpf

vom Fuß zieht. Er liegt auf dem Bett, während sie, auf dem Rande des Bettes, nur mit dem Hemd bekleidet, sich die Strümpfe auszieht. Die langweiligen gelben Haarstrahlen fallen, wie ein farblos Schwamm, das Grau des Gesichts und das Grobe der Schultern bedeckend. Es riecht so nach Schweiß. Und die Wand entlang kriecht eine Wanze.

Es durchschüttelt Sudin, er schleudert die Zigarette weg. Im Zorn und Aerger erinnert er sich, wie die Frau die Sache durch den boshafte Satz zu erledigen suchte:

„Nimmst du etwa auch Schufte in den Dienst der Tscheka?“

Er?! Schufte?!

Da hielt, wie gezügelt, weich zischend der Motor vor dem Hauseingang mit dem Posten.

Aber Walz? — dachte Sudin, ohne Eile die breite Treppe hinaufgehend. Ein einsames elektrisches Lämpchen beleuchtete karglich den schmutzigen Marmor der Stufen und die trockene staubige Palme in der Ecke des geräumigen Absatzes, den Wächter unzähliger Zigarettenstummel.

„Aber Walz? Wozu hat sie das alles gemacht?“

Von der Aufräumefrau, der alten Agafja, nimmt Sudin den Schlüssel und öffnet sein Zimmer:

„Wer hat heut Wache?“

„Na, dieses Dämchen... wie heißt sie doch? ... Wals!“

Er ging verstimmt hinein und erleuchtete

im grallsten Lichte den Kronleuchter. Sudin schloß die Portieren der schwarzblauen Fenster und setzte sich an den Tisch. Die Tapeten erschienen in blaugrauer, seltsamer Farbe; wie goldener Bernstein hob sich die Vorhänge ab, wie wärmende Flecke, lieblich beschattend die grau-blauen Pfeiler des Eichenpaneels, das gotisch spitz nach oben, zur gemusterten Decke, verläuft.

Nachdem er mehrere Mappen durchsucht hatte, nahm er eine dicke heraus, zog die Brauen zusammen, die Stirne gefaltet in gotische Pfeiler, durchblätterte er geschäftig die Seiten.

Das weiche matte Licht der Lampen streichelte das Papier, die Tapeten, die Mappen und die vielen verschiedenen Gegenstände, die in den Ecken auf dem Boden zerstreut herumlagen. Hier liegt ein Haufen von irgendwo hergesandter Gewehre und Säbel, dort liegen Bündel Papiere und Briefe, neben kleinen und großen Koffern steht etwa ein Dutzend verstaubter Flaschen irgendwo konfiszierter Weins.

Sudin saß lange eifrig arbeitend; er blätterte, las, machte auf den Bogen Vermerke, bis er dann gähnte, sich streckte und aufstand in düsterem Schweigen.

Er erinnert sich nicht, daß er ohne jeglichen Grund so traurig gewesen wäre wie heute: als müsse jemand irgendwohin weit verreisen, oder er selbst, und hat dazu gar keine Lust. Oder als müsse er einsam irgendwo auf einem verlassenen Schloß an der Front übernachten.

Gedanken zum Parteitag

Wir veröffentlichen an dieser Stelle Gedanken von Parteigenossen zum Parteitag, ohne daß die Redaktion sich damit jeden dieser Gedanken zu eigen macht.

Für die Selbständigkeit der SAP

Eine Erwiderung auf den Vorschlag Düby-Rück-Schaber

Von Georg Ledebour

Wenige Tage vor dem Parteitag wurde uns in der SAZ ein Vorschlag der Genossen Gertrud Düby, Fritz Rück und Will Schaber unterbreitet, überschrieben: „Unsere Stellung zur III. Internationale.“ Das in den Bezirken überall zu erörtern, dazu ist leider nicht mehr die Zeit. Ich halte es aber für unumgänglich notwendig, sofort dem Vorschlag entgegenzutreten, denn seine Annahme würde die SAP der Selbständigkeit und der Entwicklungsmöglichkeit berauben. Sie würde zu einer Gruppe von Mächtigen-Kommunisten zusammenschumpfen, die gleich der Brandler-Gruppe vergeblich darauf lauert, daß die Komintern ihr den Eintritt in die KPD ermöglicht.

Die einleitenden Ausführungen des Vorschlags über den sozialistischen Aufbau in Sowjetrußland und die Zustände in Deutschland unterscheiden sich grundsätzlich nicht von den verschiedenen Programmwürfen, die seitens der Mitglieder der Programmkommission ausgearbeitet waren. Es braucht deshalb nicht weiter hier darauf eingegangen zu werden. Während aber die anderen Entwürfe betonen, daß die SAP sich weder der zweiten noch der dritten Internationale anschließen könne, gipfelt der Vorschlag Düby-Rück-Schaber in dem Satz, die SAP solle erklären, „daß sie in dem Augenblick bereit ist, ihre Existenz als selbständige Partei aufzugeben und der kommunistischen Internationale beizutreten“, sobald einige namhaft gemachte Voraussetzungen dafür geschaffen würden.

Schon dieser Kernforderung des Vorschlags gebührt es an logischer Folgerichtigkeit. Denn um der Komintern beizutreten, braucht an sich nicht eine Partei, ihre Existenz als selbständige Partei aufzugeben“. Das ist nur dann notwendig, wenn in dem betreffenden Lande bereits eine der Komintern angeschlossene Partei besteht. Das ist allerdings in Deutschland der Fall. Sprachrichtig ausgedrückt, müßte die Forderung so lauten, daß die SAP unter jenen formulierten Voraussetzungen bereit sei, sich der kommunistischen Partei Deutschlands anzuschließen. Die drei Genossen haben sich offenbar geniert, geradeherauszusagen, was sie eigentlich wollen.

Diese Forderung des Aufgehens der SAP in der KPD unter gewissen Voraussetzungen wird eingeleitet mit dem Hinweis darauf, daß die Führung in dem Kampfe um die Einigung des deutschen Proletariats in den Händen einer revolutionären Massenpartei liegen müsse, die nach den Erfahrungen der russischen Revolution und den Kämpfen und Auseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte „nur eine kommunistische Partei sein kann“.

Zunächst liegt dieser Behauptung ein Wortfischismus zugrunde. Ob einmal die große proletarische Revolutionspartei in Deutschland, die an Stelle der kapitalistischen Ordnung die sozialistische einführen wird, sich eine „kommunistische“ oder „sozialistische“ oder sonstwie nennen wird, ist höchst nebensächlich. Geschichtlich betrachtet, sind jene beiden Bezeichnungen nebeneinanderhergegangen. Wir deutschen Sozialisten stehen genau so gut auf dem Boden des kommunistischen Manifestes wie die russischen Bolschewiki. Durch die Gründung der kommunistischen Partei in Deutschland und der Komintern hat aber zur Zeit für uns die Bezeichnung „Kommunist“ eine parteipolitische Färbung erhalten, die nur für einen engen, gegen andere proletarische Richtungen abgegrenzten Kreis Geltung hat. Wer also heute in Deutschland sagt, die Massenpartei, die wir erstreben, könne nur eine „kommunistische“ Partei sein, handelt ebenso verkehrt, wie wenn einer der zahlreichen Arbeiter, die heute noch zur SPD gehören, sagen würde: Die große klassenbewußte Partei der Zukunft kann nur eine „sozialdemokratische“ Partei sein. Ebenso verkehrt! Obgleich ich ausdrücklich betone: Die heutige KPD steht uns in Zielsetzung und Bewegung erheblich näher als die SPD. Aber auf Taten kommt es an, nicht auf Worte, und dies Klammern an das parteipolitisch bei uns entwertete Wort „Kommunist“ kann nur wirken zugunsten der KPD.

Auch die Bedingungen, die von den Genossen Düby, Rück und Schaber für unseren Uebertritt zur KPD gestellt werden, genügen

durchaus nicht zur Rechtfertigung eines solchen Zusammenschlusses. Die Liquidierung des RGO-Kurses wird sicher von uns allen gefordert, aber schon die Ablehnung der „nationalbolschewistischen“ Gedankengänge ist eine so unklare Formulierung, daß sie in einer programmatischen Festsetzung nicht Platz finden dürfte. Denn „Nationalbolschewismus“ ist ein ebenso vieldeutiges und irreführendes Schlagwort, wie das von den Kommunisten geprägte Wort „Sozialfaschismus“.

Die Wiederaufnahme der in den letzten Jahren aus der Komintern ausgeschlossenen Gruppen und Personen würde sicher für die Gesundung der kommunistischen Bewegung heilsam sein. Sie setzt aber eine ganzliche Umgestaltung der kommunistischen Taktik voraus. Mit jener Forderung doktriert man nur an Symptomen herum. Es kommt aber darauf an, den Grundübeln zu Leibe zu gehen. Näher kommen den kommunistischen Grundübeln schon die Forderungen unter d) und e). Aber auch das, was da verlangt wird, ist in der Form von frommen Wünschen für höhere Parteimoral gekleidet. Es fehlt völlig an greifbaren Vorschlägen, die man annehmen oder ablehnen könnte.

Vor allem aber rühren die „Voraussetzungen“ unserer drei Genossen nicht an zwei Hauptübeln, an denen die heutige kommunistische Bewegung krankt. Es fehlt jede Abgrenzung gegen den Polizeiterrorismus, den die Bolschewiki heute noch in Rußland praktizieren und zu dem sich auch die deutschen Kommunisten im Prinzip bekennen. Ich begnüge mich hier damit, auf das zu verweisen, was ich darüber in meinem Programmentwurf gesagt habe. Nach meiner Ueberzeugung ist aber die Freimachung von dem ererbten und anerzogenen Vorurteil, daß der bürokratische Terrorismus ein unentbehrliches Requisite der Diktatur des Proletariats sei, unentbehrlich für die Gesundung der revolutionären Arbeiterbewegung.

Das zweite nichterwähnte Hauptübel ist dann der Anspruch der Komintern auf unbedingte Kommandogewalt gegenüber den kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern. Sie dürfte der Komintern nur zustehen in bezug auf gemeinsame internationale Angelegenheiten. Dadurch, daß sie auch das Verfügungsrecht über die internen Landesangelegenheiten der Einzelländer in Anspruch nimmt, zerstört sie das Selbstbewußtsein und das Verantwortungsgefühl der kommunistischen Einzelparteien und züchtet einen internationalen bürokratischen Zentralismus, der lähmend auf die ganze kommunistische Bewegung einwirkt.

Also die Formulierungen für die Gesundung der kommunistischen Bewegung in dem DRG-Vorschlag sind völlig ungenügend. Durch die Erklärung obendrein, daß die SAP nach Akzeptierung jener ungenügenden Forderungen bereit sein werde, in der KPD aufzugehen, würde unsere Partei, wenn sie sich auf so etwas einließ, zu einem Anhängsel der KPD ohne eigene Lebenskraft herabgedrückt werden. Ihre eigentliche Aufgabe, den Vortrupp der großen proletarischen Partei der Zukunft zu bilden, würde sie nicht erfüllen können.

Nur als eine Partei mit eigenem Leben, die sich frei hält von all den Entartungserscheinungen, durch die SPD und KPD auf Abwege gedrängt werden, kann die SAP auch unserer nächsten und dringendsten Aufgabe gerecht werden, die klassenbewußten Proletarier aller Richtungen zu einer wirklich kampffähigen und kampfgewillten Einheitsfront zur Ueberwältigung des Faschismus zusammenzuballen. Nur eigenes Selbstvertrauen erweckt auch das Vertrauen anderer und führt uns zum Ziel.

Sozialismus in einem Lande

Von Fritz Rück

Jede revolutionäre Bewegung der letzten 15 Jahre stand vor der wichtigen Aufgabe, bei deren Lösung sich ihr eigentlicher politischer Charakter erwies: ihre Haltung gegenüber Sowjetrußland und ihr Verhältnis zum Kommunismus genau auszuarbeiten. Dabei erweist es sich regelmäßig, daß platonische Liebeserklärungen an die Adresse der Sowjetunion und der proletarischen Diktatur nicht genügen, daß darüber hinaus die Beurteilung des Charakters und Inhalts der Entwicklung der Sowjetunion nach der ökonomischen und politischen Seite hin maßgebend wurde, auch für die eigene Politik. Es ist deshalb nicht eine müßige Spielerei mit Begriffen oder Worten und auch keine unnütze theoretische Haarspalterei, wenn heute in der Sozialistischen Arbeiter-Partei ganz klar und eindeutig die Frage nach dem Charakter der russischen Revolution aufgetaucht ist und die Auseinandersetzung über die Möglichkeit des

sozialistischen Aufbaues in einem Lande begonnen hat.

Die Fehler in der Einstellung mancher Genossen und Richtungen sowohl innerhalb wie außerhalb unserer Partei kommen aus vier Quellen:

Einmal aus einer theoretischen, dogmatischen, absoluten, häufig sogar utopischen Auffassung des Begriffs „Sozialismus“. In der Agitation und Propaganda der letzten Jahrzehnte ist der Begriff Sozialismus weniger als genaue Definition eines politischen und ökonomischen Zustandes gebraucht worden, als in der Form der Schilderung eines Gesellschaftszustandes, der ein Ende aller Not, die Lösung der wichtigsten Menschheitsprobleme, ein Himmelreich auf Erden, bedeutet. Das Ziel der menschlichen Entwicklung unter dem Sozialismus wird zu einem Kennzeichen und zur konkreten Bestimmung des Wortes „Sozialismus“. Auf Grund der genauen Analyse der marxistischen Theorie ist Sozialismus nichts anderes als die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Beseitigung der kapitalistischen Profitwirtschaft, die die Voraussetzung für die Aufhebung der Klassen schafft. Man muß einen Gesellschaftszustand als „sozialistisch“ bezeichnen, in dem die Produktionsmittel den Händen der Kapitalistenklasse entrissen sind und von der als Staat organisierten proletarischen Diktatur nach planwirtschaftlichen Gesichtspunkten in Gang gesetzt, miteinander in Beziehung gebracht und weiter entwickelt werden. Diese Kennzeichen werden wohl von keinem ernsthaften Kenner und auch von keinem der Kritiker der Sowjetunion abgelehnt werden können. Dabei ist es nicht richtig, wenn der Genosse Fritz Lewy die Betrachtung der Ansätze zum Sozialismus in der Sowjetunion in eine Frage der Statistik und Zahlen umwandelt. Entscheidend ist nicht der Umfang und die Höhe der Produktion, sondern der ökonomische und gesellschaftliche Charakter des Produktionsprozesses. Er ist eindeutig sozialistisch, denn von Staatskapitalismus könnte man nur dann sprechen, wenn die in den Händen des proletarischen Staates konzentrierten ökonomischen und politischen Machtmittel einzelnen Schichten, Gruppen oder Personen zum Aufbau oder zur Erhaltung der Produktion zur Verfügung gestellt würden. Kapitalismus ohne Kapitalisten gibt es nicht. Da die wesentlichen Züge, die die sozialistische Wirtschaftsform von der kapitalistischen unterscheiden und die nicht in einer mehr oder weniger vollkommenen Befriedigung der Konsumtionsbedürfnisse der breiten Massen bestehen, die erst die frühere oder spätere Folge des sozialistischen Aufbaues sein kann, sondern in der Vergesellschaftung der Produktionsmittel in der Sowjetunion zweifellos vorhanden sind, und da es bisher nicht gelungen ist, in einem anderen Lande als Rußland der Kapitalistenklasse die Verfügung über die Produktionsmittel zu entreißen, ist der Aufbau des Sozialismus in einem Lande eine historische Tatsache.

Die zweite Fehlerquelle besteht in einer Nichtbeachtung der in der Entwicklung Sowjetrußlands erscheinenden typischen und neuen Züge des sozialistischen Aufbaues und einer einseitigen Betonung der nationalen Besonderheit und konkreten Form in der Diktatur- und Planwirtschaft.

Zum dritten ist festzustellen eine übermäßige Betonung einiger Auswüchse, Fehler, Härten und Schwächen der Diktatur und ihres bürokratischen Apparates, der losgelöst von seiner Klassenbasis betrachtet wird.

Die vierte Ursache fälscher Einstellungen erwächst aus einer Ueberschätzung der Stabilität der kapitalistischen Wirtschaft, einer Unterschätzung ihrer inneren Widersprüche und der Tatsache des verschärften Konkurrenzkampfes. Daraus kommt die Verkennung der Tatsache, daß das Außenhandelsmonopol ein Mittel zur Auspielung der kapitalistischen Kräfte untereinander und Ausnutzung des Konkurrenzkampfes ist, während das einheitliche Kommando über Produktion und Verteilung die Sowjetunion gegen die ökonomische und politische Beeinflussung der kapitalistischen Gegenspieler schützt. Diese innere Geschlossenheit des Sowjetsystems, die aus der sozialistischen Struktur der Wirtschaft erwächst, konzentriert alle Versuche der Austragung des Gegensatzes zwischen sozialistischer und kapitalistischer Wirtschaft in letzter und entscheidender Instanz auf das Mittel des offenen Krieges. Dabei rückt die Vorbereitung des offenen Krieges gegen die Sowjetunion in den Mittelpunkt der internationalen Politik in der Periode der Zuspitzung der kapitalistischen Wirtschaftskrise.

Die Frage der Möglichkeit des Aufbaues des Sozialismus in einem Lande enthält die konkrete Stellungnahme zu diesem imperialistischen Krieg in sich. Nur dann, wenn in Sowjetrußland der entscheidende Schritt zum Sozialismus bereits getan wurde, ist das

Proletariat der anderen Länder unter allen Umständen verpflichtet, Gut und Leben für die Verteidigung der Sowjetunion einzusetzen. Es kämpft damit zugleich für den Sturz des Kapitalismus in seinem Lande, so wie jede revolutionäre Bewegung, die aus einer Zuspitzung der Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft erwächst, eine Stützung und Stärkung der internationalen Position Sowjetrußlands bedeutet. Die Theorie von der Möglichkeit und Notwendigkeit des Aufbaues des Sozialismus in einem Lande ist keine Theorie der nationalen Beschränkung oder gewollten Autarkie, sondern einfach ein Ausdruck für die durch den konkreten Weg der geschichtlichen Entwicklung geschaffene Wirklichkeit. Nur der Sieg des Proletariats in anderen Ländern kann den sozialistischen Sektor der Weltwirtschaft entscheidend erweitern. Diese Erweiterung liegt zugleich im tiefsten Interesse der Sowjetunion und des russischen Proletariats.

„Für Sapeure und Komiker kein Platz“

Unter dieser Ueberschrift bringt der „Vorwärts“ vom 18. März einen Bericht der Jahresgeneralversammlung der Zahlstelle Berlin des Buchbinderverbandes vom 16. März. Am Schluß heißt es: „In der Diskussion wurde von einigen SAP-Leuten und einem Kommunisten nicht am Geschäftsbericht, sondern an der Eisernen Front herumgerörgelt. Die Generalversammlung bedeutete den insgesamt neun Oppositionsmachern sehr energisch, daß sie sich uneingeschränkt zur Eisernen Front bekennen und auf die paar Wirrköpfe als Mitstreiter gern verzichten.“ Demgegenüber stellen wir fest, daß außer einem Kommunisten und einem SPD-Kollegen 3 Genossen kurze, sachliche Ausführungen machten und verlangten, der ADGB solle zum zweiten Wahlgang alles daransetzen, daß ein gemeinsamer Arbeiterkandidat aufgestellt wird. Der Vorsitzende hatte, offenbar um seine Objektivität zu beweisen, unsere Genossen als SAP-Leute vorgestellt, sonst hätte es die Versammlung gar nicht gemerkt. Vergessen wurde im Bericht des „Vorwärts“, daß von uns zwei Kandidaten zur Revisorenwahl gestellt wurden, die allerdings nur 9 Stimmen erhielten. Die Gegenstimmen und die zahlreichen Enthaltungen, unter denen sich unsere kommunistischen Kollegen mit einer Ausnahme befanden, reklamiert der „Vorwärts“ nun für die Eisernen Front. Wir können die KPD dazu nur beglückwünschen. Die Demokratie im Zeichen der Eisernen Front zeigte sich in der Abschaffung der geheimen Abstimmungen in unseren Versammlungen. Hervorgehoben sei noch, daß im Jahresbericht einige Betriebsvertretungen lobend erwähnt werden, worunter sich auch die paar „Wirrköpfe“ befinden.

Haussuchung bei einer Bank

Wien, 24. März 1932

Die Wiener Wirtschaftspolizei unternahm am Mittwoch in dem Wiener Bankhaus Rüdiger & Co. eine Haussuchung, da das Bankhaus und mehrere mit ihm in Verbindung stehende Wiener Kaufleute in dem dringenden Verdacht stehen, gewerbsmäßig Devisenschleichhandei zu betreiben. Schon bei der ersten flüchtigen Durchsuchung wurden Devisen im Werte von 22.000 Schillingen beschlagnahmt. Die Leiter des Bankhauses, Dr. Louis Parnes und Siegmund Parnes, sowie drei Bankagenten wurden verhaftet.

Neuer Lohnabbau in Ostoberschlesien

TU. Kattowitz, 24. März 1932

Die Löhne im ostoberschlesischen Erzbergbau sind erneut um 4 vH. herabgesetzt worden. Der Schiedspruch wurde in Abwesenheit der Vertreter der Gewerkschaften, die zum Zeichen des Protestes die Sitzung verlassen hatten, gefällt.

Streikverschärfung in Orense

Paris, 24. März 1932

Wie Havas aus Orense in Spanien berichtet, dauert der Streik gegen die Unterbrechung des Eisenbahnbaues Zamora-La Coruna an. Die Arbeiter haben sogar Lastkraftwagen angehalten, die Brot aus den Nachbarorten nach Orense bringen sollten. Unter der Bevölkerung herrscht große Erregung und die Truppen überwachen die Bankgebäude.

Blinder Alarm um Poincaré? Havas berichtet aus Bar-le-Duc: Entgegen gewissen im Ausland verbreiteten Gerüchten erklärt man uns erneut, daß im Befinden Poincarés keine Verschlimmerung eingetreten sei, und daß Poincaré in Sampigny die ihm von den Ärzten vorgeschriebene Behandlung fortsetze. Poincaré hat heute auf seiner Besetzung sogar einige Freunde zu Tisch empfangen.